

Wöchentlich 88 Pf., monatlich 2,60 M., im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 17 Pf. Postbestellgebühren. Kundenabonnements 6,- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, am Freitag und Montag einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Wort und Bild“ und „Kinderfreund“, „Ferner Unterhaltung und Wissen“, „Frauenzimmer“, „Lehrling“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung des Pfennig-Notensystems als „Wachstums- und Klein-Konvertierung“ hat die Deutsche Post 25 Pfennig (einfache und feine) gedruckt. Jedes weitere Blatt 12 Pfennig. Gießengeld das erste Blatt 15 Pfennig, jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitssatz 50 Pfennig. Familienangelegenheiten 40 Pfennig. Anzeigenannahme unbeschränkt. Lindenstraße 3, wochentags von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polstschonke: Berlin SW 68. - Kontofonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 63. Dr. G. u. Dicke-Gel. Expeditionskasse Lindenstr. 3

Alfred, der Unmögliche.

Hugenberg setzt den Reichstag in Erstaunen. — „Deutschnationale, das ist euer Führer!“

Der Wahrheit die Ehre! Das Ereignis des Tages war nicht die Rede Breitscheids — wir haben von Breitscheid schon viele gute Reden gehört, und die gestrige war eine von ihnen —, das Ereignis des Tages war auch nicht Curtius, Brüning oder Rheinbaben, von den anderen gar nicht zu reden. Das Ereignis, ja die Sensation, war das rednerische Auftreten des deutschnationalen Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg. Eine politische Führerschaft ist gestern in Gelächter untergegangen.

Hugenberg hatte seit einem mißglückten Debut in der Nationalversammlung die Rednertribüne des Parlaments nicht wieder betreten. Als er vor ein paar Monaten das sog. „Freiheitsgesetz“ durch seinen Duach vertreten ließ, hatte alles nach ihm gerufen, doch er blieb schweigend hocken und verteidigte sich später mit der Bemerkung, der Reichstag sei ihm als Forum seines rhetorischen Wirkens nicht gut genug. Was ihn mittlerweile bewog, zu diesem Forum herabzusteigen, bleibt sein Geheimnis. Offenbar ist jedoch geworden, daß seine Scheu berechtigt war. Daß er sie verlor, ist für ihn verhängnisvoll geworden.

Gewiß, es kann einer ein schlechter Redner sein und sich doch durch die Kraft seiner Persönlichkeit durchsetzen. Hugenberg ist aber nicht einmal das, was man einen schlechten Redner nennt. Ihm fehlt nicht die Regellustigkeit und das Gesangsvereinspaßes, davon hat er eher zuviel als zuwenig. Man kann sich nur nicht helfen: hat man ihn fünf Minuten lang gehört, so befindet man sich mit seinen Gedanken in Schlawe, in Schmelbein, in Pyrrh an der Anatter, und weiß Gott, man tut diesen braven Orten unrecht.

Wenn es nun einem solchen Reichredner und Schwerverdiener passiert, daß er von der Nationalversammlung sprechen will, und es gibt einen falschen Jungenschlag, und er sagt feierlich: „Meine Damen und Herren, die Generalversammlung...“, da gibt es eben kein Halten mehr, und man lacht Tränen.

Doch er redet weiter. Bachanalien der Blattheit, Orgeln der Bonalität. Die Nationalsozialisten rufen vor Begeisterung, ein Teil der Deutschnationalen tut mit, während ein anderer in betretenem Schweigen verharrt. Für die Lindeiner, Hoeylich, Treviranus, die der Fuchtel des Diktators entronnen, war es ein Tag der Genugtuung.

Den größten Erfolg des Tages aber hatte der Sozialdemokrat Ruhn, als er sich neben den Redner stellte und, auf ihnweisend, den Deutschnationalen zurief: „Das ist euer Führer!“ Ruhn sprach aus, was alle bewegte.

Menschen lernen man erst richtig kennen, wenn man sie vor sich sieht und sprechen hört. Kaiser und Könige, Diktatoren und sogenannte Wirtschaftsführer leben über Wolken in einem Legendenhimmel, den zu verlassen für sie gefährlich ist. Darin besteht nicht zuletzt der Wert des Parlamentarismus, daß er die Persönlichkeit zwingt, ihr Wesen zu offenbaren und daß er den Volksbetrug eines falschen Heroenkults entlarvt.

Um Alfred Hugenberg, den Erfolgreichen, hatten seine Anhänger und Angestellten eine Gloriole verbreitet; man sah in ihm den kommenden Diktator. Fünfzig Minuten Parlament haben genügt, alle Illusionen zu zerstören und den Traum einer Diktatur in allgemeine Heiterkeit aufzulösen.

Wie aber — diese Frage bleibt —, wie waren trotzdem die unzweifelhaften Erfolge möglich, die Hugenberg als Geschäftsmann errungen hat? Dem kapitalistischen Wirtschaftssystem sagen seine Lobredner nach, daß es der persönlichen Tüchtigkeit breiten Raum zu freier Entfaltung gewähre. Man schildert uns die geschäftlich Erfolge als eine Art von Halbgottern, die ihr Geld, ihr Ansehen, ihre Macht irgend welchen geheimnisvollen Fähigkeiten verdanken, die in ihnen verborgen liegen. Betrachtet man aber Hugenberg, den Herrn über Presse und Film, und hört man seine Phrasen sprudeln, dann sucht man jene geheimnisvollen Fähigkeiten vergebens. Man kann sich nicht vorstellen, daß dieser Mann auf irgendeinem Gebiet mehr als durchschnittliche geistige Kräfte entwickeln kann. Das Glück war ihm hold, er hat verstanden,

Geld zu machen, durch sein Geld wurde er Parteiführer. Er wird es nicht lange mehr bleiben.

Warum aber der Tumult zu Beginn seiner Rede? Hugenberg hatte vom Ruhrkrieg gesprochen, und Wels hatte ihm zugerufen: „Daran haben Sie schön verdient!“ Ja, hat Hugenberg das etwa nicht getan? Er hat doch selbst auf dem Parteitag der Deutschnationalen in Herford erklärt:

Wenn ich Inflationsgewinne gemacht habe, so hat sich das so vollzogen, daß ich für eine Organisation, an deren Spitze zwölf nationale Männer stehen und das Beamtentum abgeben dafür, wie diese Organisation arbeiten soll und will, schwach werdende nationale Blätter, auch andere Blätter, die bis dahin den nationalen Kurs nicht innegehalten hatten, erworben habe, um sie entweder der nationalen Sache zuzuführen, oder aber sie in dem nationalen Glosse zu erhalten...

Herr Hugenberg selbst bestreitet also gar nicht, daß er ein Ruhrkriegsgewinnler war, wie er zuvor ein Kriegsgewinnler gewesen ist. Er behauptet nur, daß er seinen wirklich schönen Verdienst „der nationalen Sache“ zugeführt habe. Prosaisch gesprochen, hat Hugenberg seine Inflationsgewinne dazu benutzt, seinen Pressepostern aufzubauen und sich damit die Stufen für seinen eigenen Machtanstieg zu zimmern. Das und nicht mehr hatte Wels mit seinem Zwischenruf behauptet.

Der Führer der Wirtschaftspartei, Herr Bredt, hat später in der Debatte die politische Bedeutung der Hugenbergrede dahin gekennzeichnet, daß durch sie die Stellung der Sozialdemokratie in der Regierung gefestigt worden sei. Hugenberg habe, so meinte der Marburger Professor, mit seiner Rede den Sozialdemokraten „das Monopol der Regierung zu Füßen gelegt“. Damit fand er die stürmische Zustimmung der Volkspartei, besonders des Herrn v. Kardorff. Wichtig ist daran soviel, daß Hugenberg ein unmöglicher Parteiführer und daß die Deutschnationale Partei unter seiner

Führung eine unmögliche Partei ist. Wahrscheinlich aber wird gerade die gestrige Redekatastrophe sehr bald zu einer Wendung führen, ob freilich zur Befundung oder zu weiterer Zerfetzung, das weiß heute keiner. Jedenfalls erinnert der Zustand der Rechten nach einer einjährigen Behandlung durch Hugenberg an die Wahrheit des Wortes, daß man zwar aus Eiern Rührei machen kann aber aus Rührei nicht wieder Eier.

Mit Hugenberg's Herrlichkeit geht es zu Ende. Wenn diejenigen recht haben, die in seiner plötzlichen Flucht auf die Reichstagstribüne einen letzten Versuch sehen, sich in seiner von allen Seiten bedrohten Führerschaft zu halten, dann muß das Ende schon heute da sein, denn der Versuch ist mißglückt. Biele Helden hat nun das „nationale“ Spielbürgertum seit 1918 schon gehabt? Ludendorff, Kahr, Kapp, Helfferich, Stinnes, Hugenberg — und immer wieder heißt es: „Bitte der nächste Herr!“

Wer wird es sein? Schacht?

„Unpolitisch und nicht geschickt!“

Der deutschnationale „Reichsbote“, das altbekannte Pastorenblättchen, steht unter Hugenberg's Kontrolle. Aber seine Redakteure sind treuherziger und weniger fingerfertig als die Angestellten des „Tag“ oder des „Lokalanzeigers“. So kommt es, daß sich in den Spalten dieses Blattes die allgemeine Verächtlichkeit der Deutschnationalen über die Rede ihres Führers in folgendem Satze spiegelt:

Man kann über Hugenberg und seine Methoden verschiedener Ansicht sein, aber jeder wird zugeben müssen: hier spricht ein Mann, unpolitisch und nicht geschickt vielleicht, aber mit dem ehrlichen leidenschaftlichen Willen seines heißen Herzens.

Für einen Parteiführer wirklich eine nette Zensur! Um so netter, wenn man bedenkt, daß sie ihm von einer seiner eigenen Zeitungen ausgehört wird!

Sozialdemokratie und Younggesecke

Die Rede Breitscheids im Reichstag.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung beantragte nach der Rede des Außenministers, die wir bereits veröffentlicht haben,

Abg. Schalk-Bromberg (Dnat.) mit einigen ausfälligen Sätzen Verjagung der Weiterberatung. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Präsident Löbe machte im Anschluß daran aufmerksam, daß nach der Absicht des Vorkommens am Dienstag alle Redner der ersten Reihe sprechen sollen. — Die Redezeit beträgt zwei Stunden pro Fraktion.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Ein neues Kapitel der Reparation ist eingeleitet. Die Völker der Geschichte der Reparation sind nicht nur mit Zahlen bedeckt, sondern sie berichten auch von der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Kriegsgegnern. Man kann darüber streiten, ob diese Entwicklung nach vorwärts und aufwärts gegangen ist. Wir meinen, daß das der Fall war. Wir brauchen uns nur zu erinnern, wie sich die Dinge vollzogen haben von Diktat zum Vertrag und von der einseitigen Forderung zur Vereinbarung. Blicke wir zurück, wie Deutschland vor zehn und noch vor fünf Jahren zu den übrigen Staaten Europas und der Welt gestanden hat und wie es heute dastehet, so

wird kein Vernünftiger leugnen können, daß es eine Entwicklung nach vorwärts und aufwärts gewesen ist, daß wir unmöglich eingerückt sind in die Linie der politischen Gleichberechtigung.

(Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Freilich, auch wir leugnen nicht und verkennen nicht, daß dieser Weg durch große und schwere Ungerechtigkeiten für das deutsche Volk geführt hat, daß uns auf diesem Weg die schwersten Opfer auferlegt worden sind, und daß das Ziel, das wir uns gesetzt haben und setzen müssen, bis zu diesem Augenblicke noch nicht erreicht ist.

Die wichtigsten Meilensteine an der Straße der Reparation sind zunächst der Versailles-Vertrag mit seiner unbegrenzten und allgemeinen Forderung auf Wiedergutmachung der Kriegsschäden, das Londoner Ultimatum von 1921, das die Gesamtsumme der

Zahlungsverpflichtungen, kapitalisiert berechnet, mit 132 Milliarden Goldmark ansieht, das Dawes-Abkommen, das letzte Zahlungsverpflichtungen eingeführt hat, ohne die Lasten Deutschlands zeitlich zu begrenzen. In jedem dieser Meilensteine haben Menschen gestanden, die nicht nur kritisierten, sondern auch solche, die eine Hege enthielten gegen die Männer, die diese historische Akte unterzeichnen mußten.

Erzberger und Rathenau sind dieser Hege unmissbar zum Opfer gefallen,

und sie hat auch zur vorzeitigen Zermürbung der geistigen und körperlichen Kräfte Stresemanns beigetragen. (In diesem Augenblicke erschallt an der Rednertribüne der Name Hugenberg, was Heiterkeit und Bewegung im Hause erregt.) Auch gegen den Young-Plan steht dort, mit sachliche Argumente verlegen, die Lüge ein. Ist doch behauptet worden, daß infolge des Young-Plans deutsche Jugend als Sklaven in die Welt verkauft werden müßten. Das alles geschieht im Namen der nationalen Bestimmung. Es ist eines der Verdienste Stresemanns gewesen, daß er sich bemüht hat, jenen Unfug zu bekämpfen, der einen großen Teil der Deutschen als nicht national erklärte. Bis heute noch halten sich diejenigen für national, die ein gewisses Kraftvermögen predigen ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Möglichkeiten, die von Mitteln der äußeren Politik sprechen, sie fordern und anfordigen, obwohl diese Mittel schlechterdings nicht vorhanden sind. Wir wollen mit diesen so genannten nationalen Elementen nicht um die Palme nationaler Bestimmung ringen. Wir haben getan und tun weiter, was im Interesse des deutschen Volkes und seines ruhigen und friedlichen Aufstiegs liegt. (Zustimmung der Soz.)

Neuerdings hat auch der bayerische Ministerpräsident im Reichsrat den Vorwurf erhoben, daß wir mit dieser Politik freiwillig die unwahre Kriegsqualifikation von Versailles anerkannt. Nun, die Stellung der Sozialdemokratischen Partei dazu ist bekannt. Wir haben niemals die Behauptung von der Unerschuld Deutschlands am Kriege als berechtigt anerkannt, wie wir allerdings ebenso wenig anerkennen, daß die Nachhabe der damaligen Zeit die einzig Unschuldigen am Kriegsausbruch gewesen sind. (Zurück rechts.) Wenn Sie nur die jüngst veröffentlichten österreichisch-ungarischen Akten lesen, werden Sie mindestens Jahr-

Stimmigkeit bei den deutschen Reichshäbern jener Zeit anerkennen müssen.

Wir haben die Zahlungen oben nicht zu leisten, weil im Verfall der Forderungen die Reichsgeldtheile stehen, sondern weil wir den Krieg verloren haben und der ganzen Welt gegenüber nicht die Möglichkeit haben, dieses Zahlungsprogramm auf ein gerechtes und erträgliches Maß zurückzuführen. Die Sozialdemokratie hat der Unterzeichnung in Versailles zugestimmt, weil sie dieses Diktat für gerecht oder ausführbar hielt. (Zuruf rechts: „Wollt Sie die Revolution wolle!“) Die Unterzeichnung war doch lange nach der Revolution. Wir haben zugestimmt, weil in jenem Moment für das deutsche Volk kein anderer Weg und keine andere Möglichkeit bestand und weil

die Gefahr drohte, daß die fremden Truppen noch weiter in Deutschland einmarschieren, und die noch größere Gefahr, daß das deutsche Land und die Deutsche Republik zerrissen würden.

Im Interesse Deutschlands haben wir diesen Schritt getan. Als das Londoner Ultimatum zur Abstimmung stand, haben wir erklärt, daß uns der Wahnsinn dieser 132-Milliarden-Forderung nicht etwa unbewußt wäre, daß wir aber dafür stimmten, um schlimmeres abzuwenden und um nicht die Hand zu weisen, daß schon damals das Ruhrgebiet besetzt wurde. Aus den gleichen Erwägungen und um das Erwachen des Geistes der Verständigen in den Siegerländern zu fördern, haben wir — mit freundlicher Unterstützung eines Teils der deutschen Nationalen (Heiterkeit) — auch dem Dames-Plan zugestimmt. Die Vernunft aber ist gemachlen, sie ist nach dem einseitigen Experiment der Ruhrbesetzung durchgebrochen und nachdem bei den Wahlen von 1924 das französische Volk dem Bloc national und seiner Politik einen Stoß versetzt hatte. Die Vernunft ist langsam marschiert, aber sie ist marschiert!

In dem Bericht der Pariser Sachverständigenkonferenz über den Young-Plan heißt es, daß hier eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems vorgenommen werden solle. Wir sind ehrlich und loyal genug, hier zu erklären, daß wir an der Vollständigkeit wie an der Endgültigkeit dieses Abkommens sehr starke Zweifel haben. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.)

Die Zweifel an der Möglichkeit, diesen schweren Lasten vollständige und endgültige Kraft zu geben. Das darf natürlich nicht so ausgelegt werden, als beabsichtigten wir, den Young-Plan zu sabotieren oder die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands vorzubereiten.

Über logischerweise können wir nicht sagen, daß der Young-Plan unter allen Umständen durchgeführt werden kann. Wir stehen in einer Zeit schwerer Wirtschaftskrise und ungeheurer Arbeitslosigkeit, in einer Zeit schlimmsten Massenelends, und wer kann sagen, daß das deutsche Volk auf die Dauer diese schweren Lasten wird tragen können? Aber auf der anderen Seite kann man die Beifügung im Young-Plan gegenüber dem Dames-Plan ernstlich und ehrenhaft nicht befehlen. (Abg. Westarp bestritt sie.) Ich nehme an, daß Ihr Widerspruch daher kommt, daß Sie nach Ihrer Behauptung noch nicht genügend Zeit zum Studium der Vorlagen gehabt haben. Hätten Sie genügend Zeit, so wären Sie wohl zu unserer Meinung gekommen, denn die Dames-Zahlungen waren zeitlich unbegrenzt, und im Hintergrund standen immer noch die 132 Milliarden des Londoner Ultimatums, das durch den Dames-Plan in keiner Weise beseitigt war. (Widerpruch rechts.) Ihre Freunde haben damals selbst darauf hingewiesen. Jetzt sind im Young-Plan feste Summen eingesetzt. Sie (nach rechts) zählen die Jahresraten zusammen und kommen da auf über 100 Milliarden. Das kann man aber nicht, man muß kapitalisieren, und da kommt man zu 34,8 Milliarden auf der Basis eines Zinsfußes von 5½ Proz.; das ist über berechtigt, weil nach dem Young-Plan Deutschland jederzeit zu diesem Diskontsatz spätere Jahreszahlungen vorzeitig leisten kann. Die Dames-Rate von jährlich 2500 Millionen sollte durch den sogenannten Wohlstandwinder, der diesen Namen vor nicht verdient, jährlich noch um mehrere hunderttausend Mark erhöht werden. Im August 1924 hat der deutsch-nationale Abgeordnete Reichert hier gefordert, daß die Regierung sobald wie möglich eine

Milderung der Zahlungen erreichen solle. Jetzt ist sie erreicht, und da streuben sich die Deutschnationalen dagegen.

Die Entlastung für 1929 beträgt 600 Millionen, für 1930 700 Millionen. Wir erwarten von den Deutschnationalen, wie sie den Etat in Ordnung bringen wollen, wenn diese Entlastung wegfällt. Machen Sie doch politische Vorschläge! Was haben Sie denn für Möglichkeiten, wenn Sie den Young-Plan ablehnen? (Schweigen rechts.)

Es ist auch nicht zu vergessen, daß die deutschen Zahlungen sich in dem gleichen Maße verringern, wie Amerika die Zahlungen seiner Schuldner, nämlich der europäischen Siegerstaaten, herabsetzt.

Man redet immer von jahrelanger Verklammerung Deutschlands. Dasselbe könnten die Siegerstaaten von sich mit Bezug auf Amerika sagen.

Wird der Young-Plan abgelehnt, so bleibt nur die eine Möglichkeit, daß der Dames-Plan wieder gilt. Die Transferkrise, auf die Sie (nach rechts) hoffen, würde der deutschen Wirtschaft jeden ausländischen Kapitalzufluß entziehen, um von den anderen Folgen nach gar nicht zu reden, würde uns in die schwerste Krise stürzen, und wenn vielleicht sogar einzelne Unternehmer diese Krise überleben, was würde aus der Arbeiterschaft und den Angehörigen werden? Das sollte sich doch die Volkonservative Versammlung fragen, die auch Arbeitervertreter enthält und die ihre Befreiung vom Diktat Hugenberg's wahrhaftig nicht durch den Beschluß zeigt, gegen den Young-Plan zu stimmen. (Sehr gut links.) Ist es denn ganz belanglos, daß jede Kontrolle der deutschen Wirtschaft, der deutschen Bahnen und des deutschen Geldwesens aufgehört, und daß die Pänder freigegeben werden? Ist vor allem die Befreiung des Rheinlandes, nach der alle Parteien stets gerufen haben, belanglos? Gab es einen anderen Weg, die Franzosen hinauszuweisen? Aber jetzt, wo die Regierung, der anzugehören wir nicht zuletzt deswegen stolz sind, diese Möglichkeit geschaffen hat, jetzt wollen Sie davon nichts wissen! Die außerordentlich geringe Beteiligung der Rheinländer am Volksbegehren sollte doch auch Ihnen eine genug deutsche Sprache reden. (Sehr gut! bei der Mehrheit.)

Es ist bedauerlich, daß nicht auch gleichzeitig die

Rückkehr des Saargebietes

erfolgt. Bei den Verhandlungen muß die Regierung fest bleiben, sie darf kein wirkliches deutsches Interesse preisgeben, und wir verlangen, daß die ehemaligen Staatsgruben auch wieder in Staatsbesitz zurückgeführt werden. Wir brauchen die Verhandlungen nicht überstürzen. Weiter ist zu bezagen, daß die Vereinbarungen vom Haag zum Teil über das Ergebnis der Pariser Konferenz hinausgehen. Die Anlagen in dem Memorandum Dr. Schoch's sind zum Teil schon deshalb unredlich, weil Herr Schoch selbst für die zum Teil unklare Fassung des Sachverständigenberichts, besonders in Sachen der Liquidationen mitverantwortlich ist. Die Sachverständigen hatten technische Mitarbeiter der politischen Instanzen zu sein. Als Bürger hat Herr Schoch durchaus das Recht der Meinungsäußerung, aber bei seiner Stellung und bei seiner Ritteranständigkeit hätte er sich einer solchen Polemik enthalten sollen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.)

Sehr zu bedauern ist ferner, daß die Gläubigermächte es für möglich hielten, die Möglichkeit und die Folgen einer Zerlegung des Young-Plans zu erwägen, und sich für den Fall der Konstatierung einer solchen Zerlegung durch den Haager Schiedsgerichtshof volle Handlungsfreiheit vorzubehalten. Sollte damit gesagt sein, daß diese Handlungsfreiheit durch das Völkerrecht und die bestehenden Verträge begrenzt ist, so war diese Erklärung zumindest unnötig; sollte sie aber etwa andeuten, daß eine neue Befreiung deutschen Gebietes möglich wäre, so müßten wir gegen eine solche Auslegung auf das schärfste protestieren. Weder § 18 der Anlage II zum Teil VIII des Versailles Friedens, noch sein Artikel 430 können wieder an-

gewendet werden. Und zwar weil die Reparationskommission für Deutschland nicht mehr existiert und weil der Locarno-Vertrag einem derartigen Vorgehen im Wege steht.

Reine Fraktion ist entschlossen, den Vorlagen zuzustimmen. Ueber manche Einzelheiten wird im Ausschuss noch zu reden sein.

Niemand von uns wird leichtem Herzens dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen zustimmen. Aber wir wissen, daß Deutschland dabei in schweriger Lage. Das haben schon die Sachverständigen anerkannt. Worauf es jedoch ankommt, ist, daß diese Regelung die deutschen Bauern dort beidigt und ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Scholle in Polen zu bebauen.

Die Vertreter der deutschen Minderheit im polnischen Parlament sind einmütig ohne jede Ausnahme für die Annahme dieses Abkommens eingetreten, das übrigens selbstverständlich kein sogenanntes Ost-Locarno bedeutet. Von einem solchen kann schon darum keine Rede sein, weil durch die Grenzleitung deutsches Gebiet im Osten schrecklich zerrissen worden ist. Wir müssen doch das Deutschtum in Polen moralisch und im Völkerverbund unterstützen. Wir wissen auch, wie ungeheuer schwierig es ist, mit Polen zu verhandeln. Aber was bleibt uns übrig? Gewalt gegen Polen anzuwenden, lehnen wir ab. Und wer betrachtet noch Polen als Selbststaat? Polen ist da, und ich glaube nicht, daß in absehbarer Zeit die Korridorfrage so gelöst werden kann, wie wir es zu unseren Gunsten möchten. Was geschieht in der Zwischenzeit? Wir haben die Pflicht, uns mit Polen wirtschaftspolitisch zu einigen. Durch das letzte Abkommen und den kommenden Handelsvertrag wird ein Modus vivendi mit Polen geschaffen.

Notwendiger und wichtiger als die Frage, wie lange der Young-Plan bestehen wird, ist es, ihn für das deutsche Volk einigermaßen erträglich zu machen.

Wir Sozialdemokraten sind bereit, was in unserer Kraft liegt, zu tun, um die deutsche Wirtschaft in jeder zu rechtfertigenden Weise zu entlasten.

Die erste Voraussetzung dazu ist, den Etat in Ordnung zu bringen. Wir wollen mit dem Zentrum auf das gründlichste darüber verhandeln, aber wir können uns nicht entschließen, die Verabschiedung der Finanzgesetze zur Voraussetzung der Annahme des

Young-Plans zu machen. Dadurch würde innerpolitische Krisenmacherei beschub geleitet und die Räumung des Rheinlandes verzögert werden. Die Entlastung der Wirtschaft darf nicht auf Kosten des arbeitenden Volkes geschehen.

Es darf kein Abbau der Sozialpolitik und keine Lohnsenkung erfolgen, die nichts anderes als Barbaren auf der menschlichen Substanz unseres Volkes wären.

Wir müssen die Kaufkraft der breiten Massen heben, und das Mittel dazu ist, abgesehen von Lohnsenkungen, der Kampf gegen die Preispolitik der Kartelle und eine starke Herabsetzung der Zollpolitik. Nicht Erhöhung, sondern Herabsetzung der Zölle ist notwendig. Sollen wir diese Lasten tragen, dann müssen wir vor allem exportieren. Wir erleichtern den Export nicht durch Belastung der Lebensmittel und Rohprodukte. Zollherabsetzungen veranlassen nur die anderen Staaten, unseren Export zu bekämpfen. Wir erwarten, daß die deutsche Delegation auf der Genfer Zollkonferenz sehr postivo eingestellt arbeiten wird, um den Zollfrieden zu schaffen, und während seiner Dauer werden wir nachzudenken haben, wie die Herabsetzung der Zölle zu ermäßlichen ist.

In allernächster Zeit dürfte vom französischen Außenminister die Anfrage an die Regierungen ergehen, wie sie sich zu dem Gedanken der

Bereinigten Staaten von Europa

stellen. Wir sind noch weit von diesem Ziel, aber wenn Europa keine Konkurrenzfähigkeit behalten will, dann muß es dahin streben, die politischen und politischen Grenzen abzutragen. Neue Aufgaben werden an das deutsche Volk herangetragen, und von der Leitung seiner Außenpolitik Energie und Phantasie verlangen. Wir haben das Vertrauen, daß Herr Curtius diese Eigenschaften als Nachfolger Stresemanns aufzubringen gewillt und fähig ist. Wir glauben, daß ein neuer Zug in die gesamte deutsche Außenpolitik kommen muß, nicht ein Zug, der mit Nachtgedanken spielt, wo keine Macht vorhanden ist, sondern der Rechnung trägt der wirtschaftlichen Entwicklung und den wirtschaftlichen Forderungen Europas und der Welt. Zieht die Regierung sich damit den Vorwurf von rechts zu, daß sie die nationale Linie verlässe, so sind wir gewiß, daß aus diesem Internationalismus der Weg aufwärts und vorwärts führt, und wir werden ihn trotz der Lasten, die man uns auferlegt, weitergehen. (Beifall der Soz.)

Fort mit der Kleinthaaterei!

Die Rettung: Anschluß an Preußen.

Bückeburg, 11. Februar. (Eigenbericht.)

Der Landtag von Schaumburg-Lippe bevollmächtigte neuerdings die Regierung mit der erforderlichen verfassungsändernden Mehrheit zur Vorbereitung eines Vertrages mit der preussischen Regierung über den Anschluß von Schaumburg-Lippe an Preußen. Nach Fertigstellung des Vertrages wird sich der Landtag nochmals mit der Anschlußfrage beschäftigen.

Auch Braunschweig erörtert den Anschluß.

Braunschweig, 11. Februar. (Eigenbericht.)

Der Gedanke des Anschlusses an Preußen findet auch im Freistaat Braunschweig immer mehr Anhänger. Am Dienstag spielte die Frage des Anschlusses im Haushaltsausschuß des braunschweigischen Landtags eine gewisse Rolle. Minister Dr. Caspar erklärte dazu, daß mit der preussischen Regierung bisher noch nicht verhandelt worden sei. Die Möglichkeit derartiger Verhandlungen liegt er jedoch offen. Die Auffassung des Ausschusses geht dahin, daß in allen etwa zu führenden Verhandlungen die Erhaltung der zum Teil vorbildlichen staatlichen und kommunalen Einrichtungen in Braunschweig unerlässlich Vorbedingung sei. Es müsse zunächst alles daran gesetzt werden, dem Land Braunschweig die Lebensfähigkeit zu erhalten, damit ein Ausgehen in einen anderen staatlichen Verband nicht unter dem Druck finanzieller Notwendigkeit erfolgen müsse.

Vorbereitungen in Mecklenburg-Strelitz.

Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Strelitz hat die Führer der Landtagsfraktionen für Montag zu einer Besprechung über die Frage eines eventuellen Anschlusses an Preußen eingeladen. Außer den Kommunisten nahmen Vertreter aller Fraktionen an diesen Besprechungen teil. Das Ergebnis wurde für vertraulich erklärt. Man dürfte jedoch

in der Annahme nicht fehlgehen, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Reibnitz den Fraktionsführern vor allem die finanzielle Situation des kleinen Landes vor Augen geführt und die unbedingte Notwendigkeit eines Anschlusses an Preußen nachgewiesen hat.

Der Präsident des Landtags von Mecklenburg-Strelitz wird am Donnerstag im Plenum des Parlaments über das Ergebnis der Besprechungen eine Erklärung abgeben.

Demokraten wollen Kleinstaatler bleiben.

Der Landesparteitag Mecklenburg-Strelitz der Deutsch-Demokratischen Partei sah nach einem Referat des Staatsministers a. D. Dr. Hüstädt zur Frage der Eigenstaatlichkeit von Mecklenburg-Strelitz folgende Entschließung:

Die Deutsch-Demokratische Partei in Mecklenburg-Strelitz hält grundsätzlich den Einheitsstaat für das erstrebenswertere Endziel und ist bereit, für dieses Ziel jedes notwendige Opfer zu bringen. Sie steht aber in dem Anschluß an Mecklenburg-Strelitz an Preußen keinen Fortschritt auf dem Wege zum deutschen Einheitsstaat, sondern in die Auflösung der Länder an Preußen die Schwierigkeiten in Preußen, welche gerade in der Ueberführung Preußens in den deutschen Einheitsstaat liegen, nur erhöht werden. Der Parteitag vertritt deshalb die Ansicht, daß zur Zeit nur dann die Selbstständigkeit von Mecklenburg-Strelitz durch einen Anschluß an Preußen aufgegeben werden darf, wenn dringlichste finanzielle Noth dieses erheischen. Ob eine finanzielle Nothwendigkeit zur Aufgabe der Selbstständigkeit zur Zeit vorliegt, kann der Parteitag nicht entscheiden. In jedem Falle erscheint es zweckmäßig, die finanzielle Auswirkung für Staat, Gemeinden und Landeseinwohner, welche sich bei einem Anschluß an Preußen ergeben würden, einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Severing vor den Reichsdruckern.

Zur politischen Situation.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Personals der Reichsdruckerei hatte am Dienstag eine überfüllte Versammlung nach den Urminutellen einberufen. Von stürmischem Beifall begrüßt, sprach Reichstagsminister Genosse Severing über: Die politische Lage.

Die Kommunisten suchten zunächst sorgfältig die Versammlung zu stören und ihrem vor der Tür wartenden Landtagsabgeordneten Caspar als Korrespondenten Zutritt zu verschaffen. Ein Antrag auf Disziplin wurde jedoch gegen wenige kommunistische Stimmen abgelehnt.

Severing zog eine Parallele zwischen dem Kapp-Putsch 1920 und der gegenwärtigen Situation. Es sei jetzt sehr viel die Rede von bolschewistischen Aufmärschen. Als Minister sei er gewöhnt, das öfteren von derartigen Plänen unterrichtet zu werden, die sehr oft der Phantasie gewisser Leute entsprängen. Durch die staatlichen Nachmittel könne jeder gewaltsame Anschlag auf die Republik von rechts und links im Keime erstickt werden. Das Republikengesetz verbiete nicht die kommunistische Partei, sondern es solle die Republik gegen alle Kombeds schützen.

Dann verbreitete sich Severing über die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Staates. In Bezug auf die Finanzen haben wir uns seit 1924 einer zu großen Sorglosigkeit hingegeben. Erst jetzt ist die ganze Schwere aller Volkstrüben offenbar geworden. Neben anderen Schwierigkeiten tritt jetzt auch wieder die Sorge um das Defizit in der Arbeitslosenversicherung an uns heran. Die Sozialdemokratie wird sich allen Bestrebungen, die Verbesserung in ihren Leistungen zu verschlechtern, widersetzen. Die Sozialdemokratie würde auch eine Kürzung der Beamtengehälter als Sparmaßnahme für äußerst bedenklich halten. Wir wollen den Finanzausgleich, weshalb wir uns nicht dem Traum einer Steuererleichterung hingeben. Der Reichshaushalt muß unter allen Umständen wieder in

Ordnung gebracht werden, jedoch müssen neue Steuern in allererster Linie auf die leistungsfähigen Schultern verlegt werden.

Trotz aller Schwierigkeiten teilen die sozialdemokratischen Minister nicht den Pessimismus, den Hugenberg in seiner Reichstagsrede zum Ausdruck gebracht hat. Sie glauben an eine bessere Zukunft.

Unter brausem Beifall schloß Severing, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte jetzt geschlossen zur Sozialdemokratischen Partei stehen müssen, um aus den jüdischen Anfängen in der Republik ein vollendetes Gebäude entstehen zu lassen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie endete die Versammlung.

Kommunisten wählen deutschnational.

Sie verhetzen Reaktionen in den Reichsrat.

Im Brandenburger Provinzialauschuß wurden die Wahlen zum Reichsrat vorgenommen. Dabei wurde von den Vertretern der Linksparteien — Sozialdemokraten bis Volkspartei — als Reichsratsvertreter der demokratische Landrat Dr. Ulfinger (Niederbarn) vorgeschlagen. Dieser erhielt ebenso wie der deutschnationale Rittergutbesitzer von Quast sieben Stimmen. Der einzige Kommunist, der dem Provinzialauschuß angehört, enthielt sich auch in der Stichwahl der Stimme. So mußte das Los entscheiden. Es fiel auf den Deutschnationalen, der nun in der Lage ist, wieder wie bisher der republikanischen Politik Preußens im Reichsrat entgegenzuarbeiten.

Das gleiche Spiel wiederholte sich bei der Wahl des Stellvertreters. Auch hier verhalf der Kommunist durch Stimmhaltung dem Deutschnationalen zum Siege durch das Los. Die Stimmhaltung, auf Befehl der Zentrale der KPD, kam hier ganz bewußt einer offenen Unterstützung der Republikfeinde gleich.

Ein Opfer der spanischen Zensur wurde — Primo de Rivera, dessen letzter Artikel in der Madrider „Nacion“ stark gestrichen wurde!

Regierungsrat in Sachsen.

Rast-Nationale wollen Bänder führen.

Dresden, 11. Februar. (Eigenbericht.)

Die Deutschnationalen beabsichtigen nach einer Erklärung im Interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien, für einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung zu stimmen, der wegen der Haltung der sächsischen Regierung im Reichsrat zugunsten des Young-Planes eingebracht ist. Die Nationalsozialisten werden ebenfalls für diesen Antrag stimmen, so daß mit dem Ende der Koalition gerechnet wird.

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat jetzt selbst auch noch den Antrag eingebracht, der Landtag wolle beschließen, die Regierung besitz nicht mehr das Vertrauen des Landtages. Der Antrag gründet sich, ebenso wie der bereits vorliegende kommunistische Mißtrauensantrag, auf die Zustimmung der sächsischen Regierung zum Young-Plan. Durch diese Zustimmung, heißt es weiter, habe die sächsische Regierung bewiesen, daß sie den Interessen des sächsischen Volkes zuwider gewillt sei, den Wünschen der internationalen Hochfinanz Rechnung zu tragen. Sie müsse verantwortlich gemacht werden für alle Schäden in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, die als Folge der Annahme dieses Planes auftreten werden.

Guérard arbeitet.

Säuberung der Reichsanwaltschaft.

Der „Vorwärts“ hatte am Freitag über das merkwürdige Verhalten des Herrn Haut von der Reichsanwaltschaft in einem Leipziger Prozeß berichtet und den Reichsjustizminister aufgefordert, nach dem Rechten zu sehen. Minister Guérard hat das auch getan und Bericht eingefordert. Dieser Bericht hat unsere Angaben bestätigt. Das Reichsjustizministerium erklärt nun, daß die Äußerungen des Herrn Haut im Widerspruch zu der schriftlich niedergelegten Meinung des Oberreichsanwalts standen. Es ist deshalb in Aussicht genommen, Herrn Haut bei der Reichsanwaltschaft nicht weiter zu beschäftigen.

Käufer für Emelta.

Günstige Angebote an das Reich.

Die Western Electric Company in Amerika hat der Reichsregierung ein günstiges Angebot für einen Kauf der Filmmittelherstellung Emelta gemacht, deren Aktien zur Mehrheit dem Reich gehören. Es liegen aber auch noch andere gute Angebote vor, und zwischen diesen wird noch entschieden werden.

Das Schankstättengesetz.

Entscheidender Beschluß im Ausschuss.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages fiel die Entscheidung über zwei wichtige und grundlegende Fragen des Entwurfs eines Schankstättengesetzes.

Mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten Kommunisten, des Zentrum und des Abg. Dr. Mumm (Christlich. Arb.-Gem.) gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien wurde die Einführung der Verhältniszahl 1:400 bei der Prüfung der Bedürfnisfrage bei der Konzessionsvergabe im Gastwirtschaftsgewerbe angenommen. Damit wäre, wenn dieser Beschluß auch in der zweiten Lesung wie im Plenum bestätigt werden sollte, das allmähliche Verschwinden von rund 70 000 Gaststätten in Deutschland die Folge. Die Frage der Konzessionspflicht des Flaschenbierhandels wurde in vernünftigem Sinne entschieden. Für diese Stimmen nur die beiden Vertreter der Wirtschaftspartei.

Der Ausschuss setzte die Beratung dann bei den Bestimmungen fort, die den Ausschank von Milch in Räumen betreffen, die dem Milchverkauf dienen. Der Ausschank bedarf nach der Regierungsvorlage während der für die Milch festgesetzten Verkaufszeit keiner besonderen Erlaubnis.

Nach längerer Aussprache wurden diese Bestimmungen angenommen, und zwar mit dem Zusatz, daß der Ausschank von Milch zum sofortigen Genuß bei gelegentlichen Veranstaltungen, Versammlungen, Umzügen und sonstigen Menschenansammlungen der Erlaubnis nicht bedarf. Ferner wurde eine Entschärfung angenommen, die die Reichsregierung erlucht, in die Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz die Bestimmung aufzunehmen, daß alkoholhaltige Zunderwaren auch äußerlich farnitlich gemacht werden müssen.

Verschwundene Kommunisten.

Ein Parteisekretär und ein Redakteur.

Hannover, 11. Februar. (Eigenbericht.)

Der Bezirkssekretär der KPD, Müller, genannt Richter, und der politische Redakteur des hiesigen Kommunistenblätters, Böttcher, sind seit Montag verschwunden. Man nimmt an, daß sie auf Grund einer Anzeige an die Polizei, nach der sie ein Mordkomplott gegen den Kommunisten Erich Schmidt inszeniert hätten, nach Rußland geflüchtet sind. Schmidt trat in dem kürzlich beendeten hannoverschen Bombenattentäterprozeß als Zeuge auf und belästigte die Kommunisten außerordentlich schwer.

Gegen Müller und Böttcher liegt gleichzeitig eine Anzeige wegen Anstiftung zum Mord vor. Sie sollen in dem Bombenattentäterprozeß zahlreiche Mitarbeiter der kommunistischen Partei Hannovers zu falschen Zeugenaussagen veranlaßt haben.

Die „Keine Anfrage“ vor Gericht.

Ein politischer Beleidigungsprozeß.

Ein politischer Beleidigungsprozeß, der für die gesamte Presse von Bedeutung ist, beschäftigt die Schöffengerichte Berlin-Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Rücker. Wegen öffentlicher Beleidigung des Oberstaatsanwalts Seibe und des Staatsanwaltschaftsrates Besser war der verantwortliche Redakteur des „Tag“, Rudolf Flemming, angeklagt. Er hatte am 20. April 1929 eine „Keine Anfrage“ der Deutschen Fraktion im Reichstagen zum Abdruck gebracht. In dieser Anfrage war Besser als Mörder, die härter sei als die von wirklichen Verbrechern. Es wurde weiter der Fall des Oberstaatsanwalts Fuhrmann besprochen und die Ablehnung eines Urlaubsgesuches Fuhrmanns durch die Staatsanwaltschaft III wurde unter Bezugnahme auf einen Ausspruch des Herrn v. Oppen-Tarnow als „politische Gemeinheit“ bezeichnet. Unter Verwendung eines Ausdrucks in der

Hugenberg macht Offensive.



Hugenberg: „Ihr Reichstagsmänner, jetzt drauf mit Gebrüll — aber nur bis an den Strich!“

Der Kampf um die U-Boote.

England—Amerika gegen Frankreich—Japan.

London, 11. Februar. (Eigenbericht.)

Die Vollziehung der Flottenkonferenz am Dienstag stand im Zeichen der U-Boot-Frage. Die Stuppierung der Mächte zu diesem Problem war bereits von vornherein bekannt. England und Amerika standen geschlossen für die Abschaffung, Frankreich und Japan dagegen. Italien war grundsätzlich auf Seiten der beiden angelsächsischen Länder, nahm jedoch praktisch den Standpunkt Japans und Frankreichs ein.

Aus dem rhetorischen Beiwerk herausgeschält, ergibt sich als die Auffassung der beiden Gruppen folgende Stellungnahme: England und Amerika vertreten den Standpunkt, daß die U-Boote als Küstenverteidigungswaffe verhältnismäßig unbrauchbar sind, die U-Boote weitgehend in offensiver Absicht Verwendung finden können und Verwendung gefunden haben und die U-Boote besonders leicht als Waffe mißbraucht werden können. In diesem Sinne betonte der amerikanische Delegierte, es sei im Sinne der Erfahrungen des Weltkrieges klar, daß in jedem zukünftigen Krieg Mächte mit U-Booten eine starke, vielseitige sogar unüberwindliche Versuchung empfinden werden, diese Waffe am wirksamsten einzusetzen, ohne die Folgen in Betracht zu ziehen.

In Vorwegnahme der französischen Argumente wurde von englischer Seite betont, daß Großbritannien angesichts der Ausdehnung seiner Seewege die U-Boote bringender nötig hätte, als irgendein anderes Land, falls England die U-Boote tatsächlich als eine Offensivwaffe betrachte. England sei jedoch bereit, auf die Vorteile dieser Waffe ohne jeden Vorbehalt zu verzichten. Im Gegenzug hierzu legten die Franzosen und Japaner Nachdruck auf den Defensivcharakter der U-Boote, als Instrument, um einen feindlichen Angriff auf die, einem Land vorgelagerte See abzuwehren. Sowohl Frankreich als Japan wiesen insbesondere auf den riesigen Umfang der von ihnen zu verteidigenden Küsten und Seefahrtslinien hin. Der französische Delegierte vertrat überdies den Standpunkt, daß die

englisch-amerikanische Auffassung von der besonderen Grausamkeit der U-Boote falsch sei

und sich die U-Boote hierbei grundsätzlich nicht von den anderen Waffengattungen unterscheiden. Sämtliche fünf Mächte fanden sich jedoch in Uebereinstimmung darin, daß ein Abkommen gegen die unbeschränkte Verwendung der U-Boot-Waffe, wie im letzten Kriege, zustande kommen müsse.

Die Flottenkonferenz übermies zum Schluß eine französische und eine amerikanische Resolution an das erste Komitee. Die französische Entschliessung fordert die Einsetzung eines Komitees mit der Aufgabe, einen Vertragsentwurf vorzubereiten, der die kriegerischen Handlungen der U-Boote gegen Handelsschiffe in genaue Uebereinstimmung mit dem Kriegerecht der übrigen Schiffskategorien gegenüber Handelsschiffen zu bringen hätte.

Dieser Vertrag soll allen Seemächten zur Unterzeichnung vorgelegt werden.

Außer mit der Frage der Beschränkung des U-Boot-Krieges wird sich das Komitee jedoch noch mit der Frage der Tonnagebeschränkung für Unterseeboote beschäftigen haben. Der dritte Punkt auf der Tagesordnung dieses Komitees, die Frage der völligen Abschaffung der U-Boote besitzt auf Grund der Dienstgesprächsanordnungen nur noch mehr akademische Bedeutung.

Der „Daily Herald“ bemerkt die Verhandlungen zu einer Warnung an die Regierungen. Die Konferenz nicht zu einem Vorspiel für neue Rüstungen zur See ausarten zu lassen. Nach den letzten amerikanischen Vorschlägen solle die Parität zwischen Amerika und England nicht durch eine Herabsetzung der amerikanischen Rüstungen, sondern durch eine entsprechende Erhöhung der britischen Rüstungen hergestellt werden und Frankreich wünsche ein Programm durchzuführen, das u. a. auf eine Verdoppelung seiner U-Boot-Flotte hinauslaufe. Als Delegationen von ihren Belühnungen und man scheinbar vergessen zu haben, daß der Schlüssel zur Lage nicht in der Begrenzung, sondern in der Herabsetzung der Rüstungen liegt.

„Keinen Antrag“ war der Artikel im „Tag“ überschrieben: „Nationale Märtyrer.“

Der Angeklagte und sein Verteidiger beriefen sich darauf, daß es bisher in der Presse immer üblich gewesen sei, parlamentarische Nachrichten zum Abdruck zu bringen.

Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht Flemming wegen öffentlicher Beleidigung zu 200 M. Geldstrafe oder hilfsweise 10 Tagen Gefängnis. Den Beleidigten wurde die Publikation des Urteils im „Tag“, „Vorwärts“ und der „Völkischen Zeitung“ zugesprochen. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß auch bei wortgetreuer Wiedergabe die Keinen Anträgen den allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen unterliegen. Der Angeklagte habe sich die beschimpfenden Äußerungen zu eigen gemacht. Die Mitteilung des toden Ausdrucks sei überflüssig gewesen. Bei Keinen Anträgen ist derselbe Mohrtab anzusetzen, wie bei jedem anderen Bericht, und die strafrechtliche Zulässigkeit ist vom Redakteur zu prüfen. Wegen dieses Urteils ist Berufung eingelegt worden.

Wir halten diese Entscheidung grundsätzlich für bedenklich und wollen dies auch hier aussprechen, wo es sich um ein Blatt gegen-

Hartungs Abschied.

Er verläßt das Renaissance-Theater.

Die Krisis des Renaissance-Theaters, die übermunden zu sein schien, geht nun leider doch weiter. Die Konsolidierung, die hier kürzlich gemeldet wurde, hat nicht lange standgehalten. Gustav Hartung, der bisherige Leiter des Theaters teilt mit, daß er in dieser Theater- und Wirtschaftslage keine Ziele mehr sehe, die im exklusiven Raum des Renaissance-Theaters von ihm verwirklicht werden müßten. Er legt daher, nachdem die Forderungen des Personals im wesentlichen befriedigt seien, die Leitung nieder.

Was aus dem eleganten Theaterchef für verwöhnte Beschmäder und vor allem aus seiner Schauspielkunst werden soll, das bleibt die Frage.

Die Affäre Rutiepoff.

In Berlin angezettelt?

Paris, 11. Februar. (Eigenbericht.)

Die „Liberté“ behauptet am Dienstag, die Einführung des Generals Rutiepoff sei von Berlin aus organisiert worden, und zwar durch den berühmten Janowski, jenen früheren Vertrauensmann der GPU in Paris, der nach der Bessedomst-Affäre zur Ueberführung nach Berlin gezwungen wurde. Die beiden GPU-Agenten, die das Atlantik durchführten, seien zu diesem Zweck eigens von Berlin nach Paris gekommen und am folgenden Tage bereits über die Schweiz nach Sowjetrußland geflüchtet. Die „Liberté“ behauptet sogar, daß die französische Polizei bereits die Namen der beiden Täter ermittelt habe. Der falsche Polizist, der bei der Einführung mitgewirkt haben soll, sei ein französischer Kommunist gewesen; der Chauffeur des Entführungsaufzuges ein von den Bolschewisten gefaßter weißrussischer Emigrant.

Die Sensationsmeldungen der „Liberté“ sind natürlich mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Lloyd-Dampfer verbrannt.

Die „München“ im New-Yorker Hafen nach starken Explosionen gesunken.

New York, 11. Februar.

In Bord des Lloyd-Dampfers „München“ brach kurz nachdem er an seinem Pier angelegt hatte, ein Brand aus. Es folgten mehrere Explosionen, die den Dampferschütterten und die mit den Lössarbeiten beschäftigten Feuerwehrlente zu Boden warfen. Kurz darauf ist der Dampfer an seinem Pier gesunken. Das Feuer auf dem Lloyd-Dampfer „München“ brach im Laderaum fünf und sechs, vermutlich in einem Stapel Schrott, aus, das einen Teil der Ladung bildete. 263 Fahrgäste der „München“, die etwa um neun Uhr vormittags an der Landungsbrücke am Hudson-Fluss eingetroffen waren, hatten das Schiff bereits vor Eintritt der Explosion verlassen. Zahlreiche Fahrgäste weilten wegen der Zollabfertigung noch an der Landungsstelle, sie mußten sie schleunigst verlassen, da die Flammen nach den Explosionen sich mit erschreckender Schnelligkeit ausbreiteten. Auch die Schiffsmannschaft begab sich unverzüglich an Land. Kurz darauf ging die „München“ unter.

Der im New-Yorker Hafen gesunkene Lloyd-Dampfer „München“ ist eines der neueren Schiffe des Norddeutschen Lloyd. Die „München“ ist erst vor ungefähr sechs Jahren als Schwester-Schiff der „Stuttgart“ in Dienst gestellt worden. Sie gehört zur sogenannten Städteflotte und ist 13.500 Tonnen groß. ITA bringt eine Bestätigung des Norddeutschen Lloyd aus Bremen, daß sämtliche Passagiere der „München“ das Schiff bereits verlassen hatten, als das Unglück im New-Yorker Hafen geschah.

Drei Personen wurden durch die Explosion an Bord der „München“ in die Luft geschleudert. Von ihnen ist eine ertrunken. Die beiden anderen wurden verletzt. Unter den Vermissten befindet sich auch ein Mitglied der Besatzung. Zwei Stunden nachdem das Schiff gesunken war, waren Explosionen, die in seinem

Inneren unter Wasser erfolgten, noch deutlich zu hören. Nach Ansicht der Feuerwehrlente dürfte der Brand aus Selbstentzündung der in der Ladung befindlichen Kalkfäße zurückzuführen sein. Die Dockarbeiter hatten 204 Säcke Kalk ausgeladen, als der Brand entdeckt wurde.

Bei dem Brande des Lloyd-Dampfers „München“ wurde außer der Stewardess Josephine Gehle der 19jährige Seemann Karl Sievel aus Bremerhaven verletzt. Sievel war durch den Rauch belüftet worden, als er mit anderen Mitgliedern der Besatzung vor Anland den Brand zu löschen versuchte. Weiter erlitt eine Verletzung ein Feuerwehrlauptmann, der mit dem ersten Löschzug eintraf und durch die erste Explosion zu Boden geschleudert wurde, wobei er sich die Schulter verrenkte. Drei weitere Feuerwehrlente wurden erheblich verletzt. Sie wurden bei der ersten Explosion vom Deck der „München“ ins Wasser geschleudert. Im ganzen wurden fünf Verletzte ins Krankenhaus gebracht. An den Lössarbeiten beteiligten sich auch mehrere Feuerlöschboote. Durch die Explosionen wurden die Schiffsplatten auseinandergerissen. An der Steuerbordseite und im Schiffsboden klafften große Löcher. Die Polizeibehörden haben die Einstellung des gesamten Untergrundbahnverkehrs durch den von der oberen Stadt nach Jersey City führenden Hudson-Tunnels angeordnet, da die gesunkene „München“ direkt über dem Tunnel liegt und weitere Explosionen befürchtet werden, die die Tunnelwände beschädigen könnten. Der Pier, an dem die „München“ anlegte, liegt im unteren Teile des Stadtteils Manhattan.

Der Brand des Lloyd-Dampfers „München“ erinnert an die große Pier- und Schiffsbrandkatastrophe im Hafen von Hoboken-New York am 30. Juni 1900. Damals ging das Feuer von einem der Piers aus, an denen die Lloyd-Dampfer „Main“, „Saale“, „Bremen“ und „Kaiser Wilhelm der Große“ lagen, die bis auf den letztgenannten Dampfer ein Raub der Flammen wurden. Hunderte von Personen, neben vielen Besuchern der Schiffe, auch 163 Mann der Besatzung der drei erstgenannten Lloyd-Dampfer, kamen damals in den Flammen um.

famälich bis auf eine Frau Melitta Schmidt aus der Sprengelstraße 14 in ihre Wohnungen entlassen werden.

Der schwerverletzte Autobus mußte von der Feuerwehr aus dem Schaufenster gezogen und durch einen Hilfswagen der DVB abgeholt werden. Der Radfahrer, der das Unglück verschuldet haben soll und der glücklicherweise gleichfalls mit leichten Verletzungen davongekommen ist, wurde festgenommen.

Auf tragische Weise kam gestern nachmittags der 54jährige Hilfschaffner Gotthelf Barzthke aus der Boghogenen Str. 123 ums Leben. Er fuhr als Begleiter eines Güterzuges mit. Aus noch ungeklärter Ursache stürzte er zwischen der Hohenlohestraße und Bahnhof Warschauer Straße von einem Waggon und wurde überfahren. Die Räder gingen so unglücklich über den Eisenbahnkörper hinweg, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

100 Todesopfer der Flammen.

Brandkatastrophe im amerikanischen Armenhaus.

New York, 11. Februar.

In Brockton im Staate Massachusetts ereignete sich heute eine schwere Brandkatastrophe. In einem Armenhaus brach aus noch nicht aufgeklärter Ursache ein Brand aus, der sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Es gelang nicht, alle Insassen des Armenhauses zu retten. Man glaubt, daß etwa 100 Personen in den Flammen umgekommen sind. Sämtliche Feuerwehren aus der Umgebung sind an der Unglücksstätte erschienen.

Touristen in Lebensgefahr!

Schneestürme und Wintergewitter in Spanien.

Madrid, 11. Februar.

In ganz Spanien ist reichlich Schnee gefallen. Durch starke Schneeverwehungen wurden viele Eisenbahnlinien unterbrochen. Auf allen anderen Straßen ertönten die Züge große Verspätungen. In der Gegend von Barcelona sind in den letzten 24 Stunden mehrere Wintergewitter niedergegangen. Der Blitz hat mehrmals eingeschlagen. Eine Anzahl Häuser sind eingestürzt. Der Schaden ist bedeutend. Bei Molis in der Sierra Nevada sind 150 Winterportler vom Schnee eingeschlossen. Ihre Lage wird immer kritischer, da die Lebensmittel fast aufgebraucht sind. Hilfszüge sind bereits unterwegs. Man hofft, daß der Ort erreicht werden kann, wo die Touristen abgeholt sind.

109 414 000 Fahrgäste der DVB. im Januar.

Im Monat Januar wurden auf den Verkehrsmitteln der DVB insgesamt 109 414 000 Fahrgäste befördert. Davon entfielen auf die Straßenbahn 65 136 000, auf den Omnibus 21 832 000 und auf die Untergrundbahn 22 385 000 Personen. Im demselben Monat des Vorjahres wurden 118 402 000 Fahrgäste befördert. Der Rückgang ist sowohl auf die Tarifserhöhung als auch auf das überaus günstige Wetter im Januar dieses Jahres zurückzuführen.

Oskar Helmanns Heimgang. Mehrere hundert Persönlichkeiten der Berliner Wirtschaft und des öffentlichen Lebens hatten sich in der alten Halle des Reichsanwaltschafts Friedhofs versammelt, um Oskar Helmanns das letzte Geleit zu geben. Am Sarge sprach Stadtrat Czerninski als Vertreter des Magistrats und der Ausstellung- und Messegesellschaft. Der Verstorbene sei nicht nur ein „Pionier“ gewesen, er war der Schöpfer jener Werbung für Berlin, die im Rahmen des Messen seit einem Jahrzehnt mit Erfolg betrieben wird. Oskar Helmann, der Mitbegründer und Gesellschafter der Messegesellschaft, war dieser Körperschaft auch immer der treueste und fleißigste Mitarbeiter gewesen.

Autobusunglück am Wedding.

In ein Schaufenster gefahren. — 14 Personen verletzt.

Gestern nachmittags ereignete sich auf dem Wedding ein außerordentlich schweres Autobusunglück. Ein Wagen der Linie 24 geriet auf den Bürgersteig und fuhr mit großer Wucht in das Schaufenster eines Schuh-Ladens hinein. 14 Personen wurden dabei mehr oder minder schwer verletzt.

Zu dem Unglück, bei dem es geradezu als ein Wunder bezeichnet werden muß, daß der Autobus nicht umstürzte, wurden folgende Einzelheiten bekannt: Vom Weddingplatz kommend näherte sich kurz vor 16 Uhr der Haltestelle am Courbierplatz ein Autobus der Linie 24. Kurz hinter der Eisenbahnüberführung der Ringbahn am Bahnhof Wedding geriet plötzlich ein Radfahrer in die Fahrbahn des Autobus. Der Führer konnte auf dem schlüpfrigen Fahrdamm nicht mehr rechtzeitig bremsen und um den Radfahrer nicht zu überfahren, rief er das Steuer hart nach links herum. Der Autobus kam dabei ins Rutschen, geriet auf die andere Straßenseite und fuhr mit noch harter Geschwindigkeit auf den Bürgersteig. Auch

hier gelang es dem Autoführer noch nicht, das Fahrzeug zum Stehen zu bringen. Unter großem Geräusch stieß der schwere Wagen in die Schaufensterfront des Schuhladens von Edart in der Müllerstraße 168 hinein. In dem Krachen der splittenden Fensterscheiben mischten sich die Hilferufe und Schmerzensschreie der verletzten Fahrgäste. — Die Feuerwehr und das Städtische Rettungswesen erschienen nach Bekanntwerden des Unglücks sofort mit mehreren Fahrzeugen an der Unfallstelle, die inzwischen von Schuppolizei in weitem Umfange abgesperrt worden war. Ein Teil der Verletzten wurde von Samaritern der Feuerwehr an Ort und Stelle verbunden. Die Mehrzahl der Verunglückten hatte stark blutende Schnittverletzungen und Quetschungen erlitten. Unter den Verletzten befanden sich außer dem Autoführer und dessen Mitfahrer noch der Autoführer, der vom Wagen geschleudert wurde. Auch der Gastwirt Adolf Edart, der im Augenblick des Unglücks hinter seinem Ladentisch stand, wurde nicht unerblich verletzt. Mehrere der Verunglückten wurden ins Birchow-Krankenhaus gebracht. Nach Anlegung von Rotwürbänden konnten sie jedoch



Es war vier Uhr, und er brachte es fertig, nach bis sechs zu schlafen; dann stand er auf und fand den üblichen Sonntagmorgenslärm in vollem Gang. Selbst zu dieser frühen Stunde wurde in Mirandas Haus schon gefeiert. Fahnen hingen aus den Fenstern heraus, und überall waren Pflanzen und Blumen.

Bei Tag hatte Dona Estrella das Feuerwerk abbestellt, aber eine Musikkapelle spielte bereits am Hauseingang. Miranda und seine Familie waren früh aufgestanden; ganz in Weiß, mit diamantenen Knöpfen im Hemd, erschien er alle paar Minuten am Fenster, um die jubelnden Zurufe der Bevölkerung zu quittieren. In solchen Augenblicken hingen seine Frau und seine Tochter an seinem Arm. Sonst lupfte er sich die Stirn ab, zündete sich eilige Zigarren an und ließ mit verbindlichem Lächeln hin und her.

Joao Romao beobachtete dies mit bitterem Herzen. Das wunderbare Traumgebäude, das er errichtet hatte, drohte über seinem Kopf zusammenzustürzen. Zweifel und Strupel befielen ihn. Würde er wirklich glücklich sein, wenn er seine Lebensweise änderte? Was war wohl letzten Endes besser: weiter zu leben wie bisher, in seinem Hemd und seinen „Tomancos“ und sich jede Bequemlichkeit zu mißgönnen, oder Mirandas Beispiel zu folgen und die Güter der Welt zu genießen? Konnte er sich denn überhaupt zu solchen Höhen erheben wie Miranda — konnte er ein Gentleman sein, selbst wenn er es versuchte? An Geld fehlte es nicht — das hatte er zur Genüge, aber wäre er überhaupt imstande, es auszugeben wie Miranda? Könnte er sich zum Beispiel dazu bringen, mehrere tausend Mikrels in einen kleinen Orden für seinen Rock umzuwandeln? Und konnte er seine Selbstsucht soweit überwinden, um seinen Reichtum mit einer Frau und einer Familie zu teilen? Wäre er, nachdem er sich jahrelang eingeschrankt hatte, überhaupt fähig, eine Menge Gäste zu prächtigen Banketten einzuladen und ihnen erlesene Speisen und kostbare Weine vorzusetzen? Und wenn er selbst sich so weit überwinden konnte, all das zu tun, ohne allzufehr darunter zu leiden, wäre er dann imstande, seine Rolle

richtig zu spielen? Brauchte er, mit einem Worte, nur zu wollen, oder war er ein für allemal gesellschaftlich unmöglich? Konnte er noch lernen, seine Lebensweise zu ändern, eine gebildete kultivierte Frau heiraten, sich ein Haus errichten wie Miranda, und einen Titel führen, ohne Gegenstand allgemeinen Gelächters zu sein?

Wie würde sich ein Körper, der nie einen Rock gefamnt hatte, im Frack bewegen? Und wie sollte man diese Füße mit den gespreizten Zehen, denen ein richtiger Stiefel noch Neuland war, in einen Tanzschuh zwängen? Und diese fürchterlichen steifen, schwieligen, ungepflegten Hände, würden die jemals in einen Handschuh passen?

Das war jedoch nicht alles. Am schlimmsten würde es sein, wenn er zu sprechen hätte. Was würde er sagen, wenn es zum Empfang der Gäste kam — würde es genügen, ihnen etwas zu trinken anzubieten? Und die Damen — großer Gott! Er fing an zu schwitzen, als er sich ausmalte, wie er in irgendeinem Salon stand und mit einer angeregten Schar vornehmer Damen Konversation machen mußte. Würde er sich nicht vielleicht vergessen und Dinge sagen, über die er erröten müßte?

Eine tiefe Depression senkte sich auf seine Seele. Er wollte springen, hatte aber Angst, sich die Knochen zu brechen. Mangelndes Selbstvertrauen steigerte sich zu schwarzer Verzweiflung. Er kam zu der traurigen Ueberzeugung, daß er zu nichts nütze war als zum Geldverdienen, und zu seiner Bewunderung fing er an, sich darüber klarzuwerden, daß Geld nicht alles ist.

Ich bin ein Narr gewesen, dachte er voll Bitterkeit, ein hoffnungsloser Narr. Als ich jünger war und alles hätte lernen können, hab' ich es nicht getan; warum hab' ich nicht zugehört, wie andere Menschen leben und handeln? Warum bin ich nicht wenigstens in einen Karnevalklub eingetreten und habe tanzen gelernt? Warum bin ich niemals am Nachmittag durch die Rua Duvidor gegangen, warum habe ich niemals Gesellschaften besucht und mich daran gewöhnt, mit den Leuten zu reden? Warum habe ich nie anständige Kleider und aufsehende Schuhe getragen und gelernt, mit einem Stock, einem Taschentuch, einem Hut, einer Zigarre, einem Glas Bier umzugehen — all die Dinge zu tun, die andere Leute zu können scheinen, ohne es jemals gelernt zu haben? Verdamme Spar'ame!!

Gewiß, wenn ich Geld ausgegeben hätte, hätte ich jetzt nicht ganz soviel wie ich habe. Aber ich hätte wenigstens ge-

lernt, mit Geld etwas anzufangen — ich wäre heute ein zivilisierter Mensch.

„Es ist ja beinahe so, als wenn Sie mit Geistern sprechen, Herr Joao“, wagte Bertalosa ihn anzusprechen, als sie merkte, wie er vor sich hinmurmerte und mit seinen Gedanken nicht bei der Arbeit war.

„Lass mich in Ruh, Quäl' du mich nicht auch noch. Ich fühl' mich heute nicht wohl.“

„Ja hab's nur so gesagt — hab's nicht böse gemeint.“

„Schon gut, ist schon erledigt.“

Den ganzen Tag über war er schlechter Laune. Er schien mit jedem Schritt anfangen zu wollen. Bei Rochona fing es an; deren Kasse hatte nämlich in der vorigen Woche etwas gebratenen Fisch gestohlen. Dann blieb er vor den leeren Wannen stehen und suchte voller Wut irgendeinen Grund zur Explosion. Brüllend verjagte er die Kinder von ihrem Weg. „Sticht nicht überall rum, ihr Laufelümmel! Noch wie hab' ich erlebt, daß solche Dinger stehenbleiben und einem den Weg verperren, wie lauter Ratten.“

Das nächste Opfer war der alte Liborio. „Du bist auch immer auf den Beinen, du leerer alter Balg. Was zum Teufel lungerst du denn hier herum?“

Eine Stunde später schrie er einen seiner Mieter an, einen Schneider, der zwei Häkne besah, die er vor einem Kreisel begeisterter Zuschauer lämosen ließ. Dann bekamen's die Italiener, die vor der Haustüre saßen, ihre Sonntagsliebe genossen und die Schalen der Orangen und Melonen, die sie verzehrten, auf den Boden warfen.

„Das muß hier reingemacht werden!“ brüllte er. „Das sieht ja schlimmer aus wie im Schweinestall. Wir tragen noch Belbes Fieber ins Haus durch euern Dreck, ihr verdammten Ausländer! Macht das schl'untigst sauber, oder ich sch'm'iß' euch' raus Ich bin hier der Herr im Hause.“

Da die arme alte Marcianna nicht seinen Befehlen gemäß ausgezogen war, artete seine Wut in Raserei aus. Seit Florindas Flucht hatte die alte Seele kaum etwas anderes getan als geweint und mit der Beharrlichkeit einer Irren unverständliche Monologe gemurmelt. Nachts hatte sie kein Auge zugezogen. Zwanzigmal mindestens war sie verzweifelt auf den Hof hinuntergelaufen. Sie war zerstreut und gab keine Antwort auf die Fragen. Die man an sie richtete. Joao Romao blieb stehen und sprach sie an, aber sie beachtete ihn nicht. Der Hauswirt, der immer mehr außer sich geriet, rannte auf die Straße und holte zwei Männer, denen er befahl, die Alte auszuquartieren. (Fortsetzung folgt.)

Schiebungen auf dem Zollamt.

Die beiden Täter zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte die Expedienten Gerhard Hadhart und Walter von Komorowski, die eine große Speditionsfirma und ein bekanntes Seidenwarenhäuser durch betrügerische Manipulationen auf dem Zollamt nach Hof um 90 000 Mark schädigten, zu zehn bzw. acht Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Beide Angeklagten erhielten, da sie bisher unbestraft und gefählig waren, für den Rest der Strafe Bewährungsfrist zugesprochen.

Neben die Ratschläge auf dem Zollamt nach Hof fand die Hauptverhandlung unter Vorsitz des aus dem Barmat-Prozess bekannten Landgerichtsdirektors Neumann statt. Für Hadhart hatte der Verteidiger die Ladung zahlreicher Zeugen und des Gerichtsarztes als Sachverständigen mit der Begründung beantragt, daß Hadhart wegen einer lebensgefährlichen Lungenerkrankung es für seine Pflicht gehalten hat, für die wirtschaftliche Sicherstellung seiner alleinstehenden Frau zu sorgen und bei den Umständen auf dem Zollamt der Verführung unterlegen sei. Den beiden Angeklagten wurde Betrug, schwere Urkundenfälschung und Unterschlagung zur Last gelegt. Sie haben förmliche Akten nach niedrigeren Zolltarifen eingetragen, von den deutschen Empfängern durch Fälschung gefälschter Papiere die Höchstzölle einstrickert und die zu viel erhobenen Gelder für sich verwanzt. Außerdem haben die Angeklagten ein Seidenhaus, das auf dem Zollamt ein laufendes Konto hatte, über das am Jahresende abgerechnet wurde, mit Bösen und Speien belastet, während die Waren in Wirklichkeit an andere Firmen geliefert wurden, von denen sie die Gebührengeldderäge einzogen und unter sich teilten.

Während Komorowski, der ohne Verteidigung erschien, die Fälschung von amtlichen Urkunden bestritt und nur die Schädigung des Seidenhauses um 30 000 Mark zugab, war Hadhart gefählig, eine Speditionsfirma um etwa 60 000 Mark betrogen zu haben. Er gab zu, amtliche Zollformulare gefälscht und mit Stempel versehen zu haben.

917 Verbrecher verhaftet.

Das Ergebnis einer Großrazia in Chicago.

Am Do., 11. Februar.

Die Polizei veranstaltete in Chicago eine Razzia durch die Unterwelt und hob viele Schlupfwinkel der Verbrecher aus. 917 Personen wurden verhaftet, darunter 275 bekannte vorbestrafte Verbrecher. Die alle Waffen bei sich tragen. Die Verhafteten sind erschlossen, den Kampf durchzuführen, bis die Schreckensherrschaft der Dandlten in Chicago gebrochen ist. Die Führer des Hochgeheims konnten aber vorläufig noch nicht gefast werden.

Am Sonntag wurden wieder zwei Autofahrer am hellen Tage von vier Negern erschossen, die in ihrem Auto entkommen konnten. In den letzten acht Tagen sind in Chicago zehn Morde verübt worden.

Sechs Prozesse gegen „Rote Fahne“.

Untersuchungsrichter als Zeuge über die Bombenaffäre.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Landesgerichtsdirektor Müller stehen am heutigen Mittwoch nicht weniger als sechs Strafprozesse gegen den Redakteur Fick von der „Roten Fahne“ wegen öffentlicher Beleidigung statt. Zwei Klagen lauten auf Beleidigung der Reichswehr und eine dritte auf Beleidigung des Polizeipräsidenten Jürgens.

In der „Roten Fahne“ war behauptet worden, daß die Reichswehr mit den Bombenattentätern in Verbindung gestanden habe, und weiter war behauptet worden, daß der Polizeipräsident und die Abteilung IA vom dem bevorstehenden Bombenattentat auf den Reichstag Kenntnis gehabt hätten. Die Klage wird von Staatsanwaltschaftsrat Eickhoff vertreten, der auch Dozent in der Anklagebearbeitung gegen die Bombenattentäter ist. Das Gericht hat auch den Untersuchungsrichter der Bombenattentatsaffäre, Landesgerichtsdirektor Masur, als Zeuge geladen, der dem Gericht Auskunft über den Stand des Untersuchungsverfahrens und die Ergebnisse der abgeschlossenen Ermittlungen geben wird. Zwei weitere Klagen, die hinterher zur Verhandlung gelangen werden, betreffen Beleidigungen des früheren Stadtkommandanten Karding und der Stadträtin West, denen in der „Roten Fahne“ Beziehungen zu den Sklavens nachgelagt worden waren. Abschließend ist auch noch Anklage wegen Aufforderung zum Widerstand hinsichtlich des verflorenen wilden Arbeiterstreiks erhoben worden. Die Verteidigung des Angeklagten führt Rechtsanwalt Dr. Apfel.

Dacher Journalisten bei Sarrasani. Der Direktor des Augenblick auf dem Tempelhofer Feld gastierenden Zirkus Sarrasani, Herr Hans Stöck-Sarrasani, hatte etwa 15 Pariser Journalisten nach Berlin eingeladen, die einer der Aufführungen bewohnten. Nach Schluß der Vorstellung und einem Rundgang durch die Ställe blieben die Gäste zusammen mit Berliner Pressevertretern nach einige Stunden in der festlich geschmückten Arena beisammen. Hans Stöck-Sarrasani betonte in einer Ansprache, daß er es als seine vornehmste Aufgabe betrachte, durch die Fölsche der internationalen Zirkuswelt zu seinem Teil mitzuwirken an der Annäherung der Völker aller Länder. Reden verschiedener französischer und deutscher Gäste gaben ein Stürmhörpfeil im Federwandel, ein Uderwettbewerb, ein marokkanischer Scheich, Spanier und Chinesen ihren Wünschen nach enblicher Befriedigung der Menschheit in den Sprachen ihrer Völsker bereiten Ausdruck.

Jorns-Prozeß vor dem Ende

Das Urteil ist für Donnerstag zu erwarten

Die Verhandlung im Jorns-Prozeß wurde gestern fortgesetzt. Auf Antrag des Nebenklägers wurden noch keine Strafentwürfe in der Kriegsgerichtsverhandlung gegen die Luxemburg- und Liechtensteiner-Mörder perlesen, ebenso das Urteil des Kriegsgerichts und das Gutachten des Obermilitärarztes.

Dann erhielt Justizrat Dr. Löwenstein das Wort zu seinem Plädoyer. Er hatte verhältnismäßig leichtes Spiel, da der formell angeklagte Bornstein ohne Verteidiger daselbst: Paul Leoni wird ihm nicht mehr antworten. Löwenstein begann mit einigen Worten des Bedauerns über das Ableben seines Gegners in diesem Prozeß. „So sehr ich aber bedauere, daß er nicht mehr in der Lage ist, hier die Sache zu vertreten, so fest bin ich überzeugt, daß sein Tod keinen Einfluß auf das Urteil haben wird. Die Tatsachen stehen fest.“

Die Schuld des Angeklagten gegenüber dem Nebenkläger Jorns ist aber deshalb besonders groß, weil seine Vorwürfe gegen einen Mann erhoben wurden, der während der Untersuchungsführung im Jahre 1910 bereits 30 Jahre alt gewesen ist und sich nie irgend etwas hat zuschulden kommen lassen. Er wurde öffentlich zum Verbrecher gestempelt. Und weil er von seiner vollkommenen Unschuld überzeugt war, hat er aus eigener Entschliesung Strafantrag gestellt. Jorns hat hier unter seinem Eid erklärt, noch bestem Wissen und Gewissen gehandelt, niemand begünstigt und in keiner Weise die Wahrheit verschleiert zu haben. Erklären Sie den Wahrheitsbeweis für geführt, so wäre das gleichbedeutend mit der Behauptung, der Nebenkläger habe sich damals schwere Verbrechen im Knie und jetzt in der Verhandlung des Reichstages schuldig gemacht. Was hier vor sich gegangen ist, war nichts anderes als ein Indizienbeweis. Auf Grund totier Akten sind gegen den Nebenkläger die schwersten Vorwürfe erhoben worden. In einem vor Jahrzehnten der Ausspruch gemacht worden: „Gibt mir ein Wort von ihm, ich werde dem Mann an den Hals bringen“, so sind in diesem Falle Leoni acht Bände Akten in die Hand gegeben worden, die zu einer Zeit zustande gekommen sind, als man mit ganz anderen Maßstäben gehandelt hat. Leoni hat in diesen Akten noch Schätze gegraben, hat die Regenwürmer, die er gefunden, als Schätze nach Hause getragen und aus ihnen Indizien gemacht. Es hätte ein Wunder sein müssen, wenn es ihm bei seinem Scharfsinn, bei seinem Fleiß und bei seiner Beredsamkeit nicht gelungen wäre, aus den acht Bänden einiges herauszufinden, was er als Indiz hinstellen konnte.

Unter diesen Umständen gibt es nur einen einzigen Weg, die wahren Absichten des Nebenklägers zu erkennen: sich auf seine eidliche Aussage zu stützen. Rechtsanwalt Dr. Löwenstein geht nun zur Erörterung der einzelnen Vorwürfe über, die gegen den Nebenkläger erhoben worden sind.

Nach Dr. Löwenstein erhebt der Angeklagte Bornstein das Wort zu seiner Verteidigungsrede. Er führte unter anderem aus:

Ich will mich nicht bei Einzelheiten aufhalten; ich vertraue auf das Rechtsgemessenheit des Gerichts. Wenn aber gesagt wurde, der Artikel im „Tagebuch“ sei aus Rache gegen den Reichsanwalt geschrieben worden, so muß darauf erwidert werden: Herr Jorns war nach Erledigung des Rosa-Luxemburg-Prozesses in die Vergessenheit versunken. Als er aber als Reichsanwalt in den Landesverratsprozessen wieder auftauchte, schien seine Karriere unerträglich. Unerträglich für die pazifistischen Journalisten; unerträglich im Interesse der Lustig; unerträglich für die höchste Justizbehörde. Aus diesem Empfinden heraus ist der Artikel gegen ihn veröffentlicht worden. Der Angeklagte Bornstein legt sich nun in knappen Sätzen mit den einzelnen Vorwürfen gegen Jorns auseinander. Er hält ihm vor, daß er aus Motiven der Begünstigung der Verbrecher den Untersuchungsrichter Kurzig verdrängt hat, daß seine erste Handlung die Befreiung der inhaftierten Offiziere gewesen ist, wie er es zwei Wochen lang nicht für nötig befunden hat, das Hotelpersonal zu befragen, es eher für möglich erachtet hat, an einem Tisch mit den Mörder zu essen. Wenn hier der Nebenkläger — so fährt der Angeklagte fort — geltend macht, daß man jedem Richter bei einer Außenburchsicht ähnliche schwere Vorwürfe machen könne wie Herrn Jorns, so muß demgegenüber gesagt werden: Nie hat ein Richter solchen Grund gehabt, sich vor einer Nachprüfung seiner Akten zu fürchten wie Herr Jorns. In dieser Art ist er der einzige Richter. Ich hoffe, daß die ein Urteil sprechen werden, das dafür sorgt, daß er auch der einzige Richter dieser Art bleibt.

Reine Anträge des Staatsanwalts.

Das Wort erhält Oberstaatsanwalt Köhler: Die Staatsanwaltschaft habe gegen das Urteil der ersten Instanz keine Berufung eingelegt. Damit habe sie ihre Stellungnahme zu diesem Urteil in tatsächlicher wie rechtlicher Beziehung zu erkennen gegeben. Die Berufungsverhandlung hat die Feststellung des ersten Urteils nicht zu erschüttern vermocht. Die Staatsanwaltschaft habe keine Veranlassung, irgendwelche Anträge zu stellen. Diese wenigen Sätze des Oberstaatsanwalts, die bei lautmöller Stille der Anwesenden gesprochen worden waren, riefen Justizrat Dr. Löwenstein zum zweiten Male auf den Plan. Er erklärte: Die Rechts des Oberstaatsanwalts habe bei ihm höchste Befremdung und tiefste Bedauern hervorgerufen. Der Oberstaatsanwalt erkläre, daß seine Richtentragung nicht auf Grund von Anweisungen seiner vorgesetzten Behörde erfolgt sei und daß er diesen Vorwurf, der seine Vergleichen träre, aufs Schärfste zurückweisen müsse.

Am Donnerstag folgt eine kurze Replik des Reichsanwalts Jorns. Dann erhält der Angeklagte das letzte Wort: es ist nicht ausgeschlossen, daß das Urteil bereits am gleichen Tage gefällt werden wird.

Die Polizei der Reichsbahn.

Munitionstransport in Zukunft durch eigene Beamte.

Ein seltsamer Munitionsfund, der vor einigen Tagen im Westen Berlins, in der Pariser Straße, die Polizei beschäftigte, gab Anlaß zu verschiedenen Kombinationen. Es handelt sich um einen Koffer mit Munition, der dem Bahnwache der Reichsbahn gehörte und von einem Lebungsplatz zum anderen gebracht werden sollte. Dieser Transport, der sich in einem Auto vollzog, war unvorhergesehen einem Kaufmann übergeben worden, der die Munition nicht an einem Tage an ihren Bestimmungsort bringen konnte und sie über Nacht in seiner Wohnung behielt. Beim Wachen fiel ein Paket auf die Straße und geriet so in die Hände der Polizei. Am Anschlag an diesen Vorfall wurde die Frage erörtert, zu welchem Zweck die Bahnpolizei der Munition bedarf. Die folgenden Feststellungen über die zur Zeit bestehende Bahnpolizei der Deutschen Reichsbahngesellschaft sind deshalb von Interesse.

Die Deutsche Reichsbahn hat ein Streckennetz von 54000 Kilometern. Sie hat nicht nur ihre Anlagen und Vorratstoffe, sondern auch die Reisenden und die ihr anvertrauten Güter sicher zu befördern. Entsprechend seiner doppelten Aufgabe zerfällt der Sicherheitsdienst der Reichsbahn in zwei Teile, in den Streifen dienst und den Bahnschutzdienst. Der Streifen dienst besteht aus rund 1600 Mann, die ständig mit dem Bahnpolizeidienst, der Diebstahlsbetämpfung und der Feststellung betrieblicher und verkehrsdienstlicher Unregelmäßigkeiten beauftragt sind und in engstem Einvernehmen mit der öffentlichen Polizei arbeiten. Nach einem Urteil des Kriegsgerichts gilt es als grobe Fahrlässigkeit mit allen Folgen strengster Haftung, wenn z. B. ein Güterzug der Reichsbahn nachts ohne jede Bewachung gelassen wird. Der freiwillige Bahnschutzdienst muß notwendig den Streifen dienst unterstützen oder wird im Falle arakterer Gefahren vom Generaldirektor der Reichsbahn im Benehmen mit dem Reichswehrministerium, dem Reichsinnenminister und den Landesverordneten einberufen. Dieser „Bahnschutz“ hat sich 1921 gebildet auf Grund eines Aufrufs des Reichswehrministers anläßlich der mitteleuropäischen Unruhen, in denen zahlreiche Eingriffe in den Eisenbahndienst und Attentate auf Eisenbahnen, Kunstbauten usw. vorfielen, die den Verlust von Menschenleben und großen Sachschaden mit sich brachten. Das Gerippe des Bahnschutzes bilden die behelfsmäßig geschulten Bahnschutz- und Wieder-

herstellungszüge. Die Sicherheitsträfte müssen für die Aufgaben des Polizeidienstes ausgebildet werden und mit der Waffe vertraut bleiben. Die Bahnpolizeiträfte sind mit handelsüblichen Pistolen und einer Anzahl Karabiner bewaffnet, von deren Vorhandensein der Internationalen Kontrollkommission feinerzeit ebenfalls Kenntnis gegeben worden ist. Jeder freiwillige Bahnschutzbedienstete ist durch Unterschrift verpflichtet worden, den Schutz des Reichsbahngebietes „in Wahrung der Verfassung“ durchzuführen. Politische Bestrebungen sind im Bahnpolizeidienst ausdrücklich ausgeschlossen, irgendwelche Verbindung mit Gewerkschaften oder anderen Verbänden wird, wie es heißt, nicht gestattet. Der „Bahnschutz“ ist im Einvernehmen mit sämtlichen Reichs- und Länderregierungen gegründet worden. Nach dem Gesetz über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928 ist die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft auch zum Halten von Waffen und Munitionslagern berechtigt.

Die Reichsbahn hat angeordnet, daß die Beförderungen von Waffen und Munition nur noch durch eigene Beamte vorgenommen werden darf.

Glänzender Abschluß der „Grünen Woche“.

Die am Sonntag abgeschlossene „Grüne Woche Berlin“ brachte den acht Hallen des Berliner Ausstellungsgeländes mit über 300 000 Besuchern in nur neun Tagen einen der größten Berliner Veranstaltungserfolge. Dieses Ergebnis, das durch einen von Tag zu Tag sich steigenden Besuch mit einem Wochensommer, der den vorangegangenen Rekord Sonntag noch um mehrere tausend Besucher überbot, erzielt wurde, ist um so bedeutsamer, als die bekannten schwierigen Verhältnisse in der Landwirtschaft (die auch in diesem Jahre den weitestgehendsten Teil der Besucher stellte) alles andere als ein solches glänzendes Resultat erwarten ließen.

Das Volksbildungsamt Preussens Berg veranstaltet am Donnerstag, 13. Februar, im Saalbau Friedrichshagen ein volkstümliches Konzert, ausgeführt durch das Philharmonische Orchester unter Leitung von Prof. Julius Krümer. Der Kinderchor des Berliner Volkstheaters, Dirigent Walter Hinkel, bringt A-cappella-Gesänge und Chöre mit Begleitung des Orchesters. Eintrittspreis 75 Pf. für Mitglieder der Kulturgemeinde 30 Pf. Karten an der Abendkassa Beginn 8 Uhr abends.

Der große Schlager!



Mercedes-Benz Typ Stuttgart 200 (Zweiliter)

Innensteuerlimusine Festpreis RM. 5980.— ab Werk

Besuchen Sie unsere Sonderschau vom 12. Februar bis 16. Februar 1930

in unseren Geschäftsräumen: Charlottenburg, Salzufer 2-3; Berlin, Unter den Linden 50-51, Spittelmarkt 4-7; Rudolf Caracciola & Co. G. m. b. H., Berlin, Budapester Straße 9.

und bei unseren Vertretungen: A. Wertheim Automobilgesellschaft m. b. H., Berlin, Friedrich-Ebert-Straße 14; A. Hirte jr., Berlin, Markgrafenstraße 76

DAIMLER-BENZ AKTIENGESELLSCHAFT, Berlin-Charlottenburg 2, Salzufer 2-3 Fernruf: C1

Stietzplatz 5031

Telephonie mit Fischdampfern.

Das große Publikum, veranlaßt durch die Errungenschaften des Rundfunks und ziemlich unbewußt das Unterschieben zwischen Radiotelegraphie und Radiotelephonie, wird nicht sonderlich überrascht sein zu vernehmen, daß seit einigen Monaten jeder Telephonabnehmer in Deutschland mit fahrenden Schiffen in der Nordsee, die eine Radiosprechanlage an Bord haben, sprechen kann, richtig telephonieren im Gegenprechbetrieb vom Hausapparat aus, wie wir es bei jedem Ferngespräch gewöhnt sind. (Telegraphische fahrende in der deutschen Handelsflotte bekanntlich schon seit drei Jahrzehnten.)

Das Publikum wird also diese Tatsache kaum als Sensation aufnehmen. Sehr interessant sein, so erleichtert aufzutauchen werden aber die Kapitäne und Reeder jener kleineren Schiffe, die aus Sparsparisgründen von der Verwendung eines Telegraphisten möglichst absehen wollen. Der Erfolg der Telegraphie durch die Telephonie ist für die kleineren Reederien, die Fischfang betreiben, auch aus anderen Gründen von Wichtigkeit. Die Verbindung zwischen Kapitän und Reeder wird nun sehr viel lebhafter. Der Reeder erhält sofort Auskunft über die Größe des Fanges, über den Standort des Schiffes, die Wetterverhältnisse, Eisverhältnisse und dergleichen mehr. Umgekehrt kann er ohne Schwierigkeiten dem Kapitän Ordre geben, den Markt mit den gefangenen Fischen anzulaufen, der im gegebenen Augenblick der aufnahmefähigste ist und die günstigste Preisabgabe zeigt. Außerdem können sich auf See fischende Dampfer derselben Reederlei funttelegraphisch auf besonders ergiebige Fanggründe aufmerksam machen bzw. das Befahren eines erschöpften Gebietes rechtzeitig verhindern. (Die Gespräche zwischen den Fischdampferreedern und ihrem Kapitän werden natürlich in vorher vereinbarten Geheimausdrücken geführt, damit die Konkurrenzreederei aus dem Gespräch nicht profitieren kann. Im Dezember 1929 waren etwa 20 deutsche Nordsee-Fischereifahrzeuge mit Funkfernprechgeräten für den Verkehr auf den Wellen 160 und 190 Meter ausgerüstet. Inzwischen dürfte sich diese Zahl voraussichtlich auf etwa 30 erhöht haben. Zum größten Teil handelt es sich, wie gesagt, um Hochseefischereischiffe, aber auch Feuerboote, Zollfahrzeuge, Seerettungsdampfer, Küstenfahrzeuge und Seeüberdampfer wurden installiert.

Als deutsche Gegenfunkstelle an Land dient die von der Deutschen Reichspost betriebene Küstenfunkstelle Cuxhaven, die erst kürzlich mit modernem Sprechgeräten ausgerüstet worden ist. Die Durchschrittsreichweite der Radiotelephonie wird mit etwa 300 Kilometern über See angegeben, doch wird diese Reichweite in der Praxis vielfach weit übertroffen. So hat kürzlich die Reederlei des Fischdampfers „Krona“ über eine einwandfreie Verbindung mit dem Kapitän ihres Fischdampfers über eine Entfernung von mehr als 1200 Kilometern über See berichtet, wobei die Lautübertragung so klar war, als ob es sich um ein gewöhnliches Stadtegespräch handelte. Auch von Berlin aus fanden gelungene Funkferngespräche mit den gewöhnlichen Telephonapparaten von der Wohnung aus mit mehreren auf hoher See befindlichen Fischdampfern statt.

„Lichtstreif“ des Einzelhandels.

Eine kurioser Protestation gegen die Tarifserhöhungen.

Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden e. V. sowie die ihm angeschlossenen 14 Verbände haben auf ihrer letzten Delegiertenversammlung eine neuartige Protestation gegen die Erhöhung der städtischen Beleuchtungs-, Wasser- und Verteilertarife beschlossen. Man ist einstimmig übereingekommen, in der Zeit vom 15. bis 28. Februar die Beleuchtung der Schaufenster und Weltausstellungen nach Geschäftsplan einzustellen, jedoch soll die Kobbeleuchtung von dieser Protestationsmaßnahme verschont bleiben. Entsprechende Plakate an den Schaufenstern sollen das Publikum von der Protestation in Kenntnis setzen. Die Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin hat gleichfalls beschlossen, ihren Mitgliedern die Unterstützung dieses Protestes zu empfehlen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich auch noch eine Reihe weiterer Geschäftsinhaber der Protestbewegung anschließen werden.

Dieser Protest ist also, wie als Geschäftsteilnehmer in den meisten Fällen sehr kluge Rechner sind, geraten plötzlich aus dem Häuschen, weil die Stadt Berlin bei den Erhöhungen ihrer Tarife die Grundzüge eines klugen und vorläufigen Kaufmanns beobachtet hat. Nur sollen diese Herrschaften nicht glauben, daß sie mit ihrem „Lichtstreif“ bei den Behörden oder beim Publikum irgendwelchen Eindruck machen werden. Dunkle Schaufenster laden niemanden und den Vorteil werden die Firmen haben, die klug genug sind, den „Lichtstreif“ nicht mitzumachen und ihre Fenster abends in dem Glanz erstrahlen zu lassen, der das Publikum anlockt.

Um die Deutsche Beamtenbank.

Abwehr gegen die Erhöhung der Anteile.

In der Angelegenheit der Bank für Deutsche Beamte hat sich ein Schlichterband der Genossen gebildet, dessen Ziele und Befreiungen darauf gerichtet sind, den Genossen durch Umwandlung der Bank in eine Aktiengesellschaft, der Kapitulumenerhöhung von 50 auf 100 M. und der Anteilssteigerung von 10 auf 80 M. zu einem tragbaren Vergleich zu verhelfen. Der Verband strebt weiterhin an, auch die Genossenschaft und Aufsichtsratsmitglieder durch Männer ihres Vertrauens zu ersetzen. Die Gründung dieses Verbandes wird für notwendig erklärt, da wider Erwarten von keinem bestehenden Verbande die Interessen der Genossen ausreichend vertreten, sondern lediglich die Befehle der Gläubiger gemacht wurden. Da sich die Genossen darüber klar sind, daß nicht sie die Schuldigen an dem Zusammenbruch der Bank sind, fordern sie einen Ausgleich, der auch ihren Interessen gerecht wird. Verhandlungen zu dem Verbande werden jederzeit durch Herrn Obersteuerssekretär Rint, Pantow, Clausenstraße 15 (Finanzamt Schornholt) entgegengenommen. Die erforderlichen gerichtlichen Schritte sind bereits eingeleitet.

10. Staatliche Preceptorprüfung in Berlin. Die nächste staatliche Preceptorprüfung für die Provinz Brandenburg und Berlin findet am 26. März 1930 und den darauffolgenden Tagen statt. Meldungen sind bis zum 20. Februar dieses Jahres an das Provinzialschulamt in Berlin-Tiergarten, Schulhofstraße 22, zu richten. Gleichzeitig wollen wir darauf hin, daß ab 1. April 1930 das Zeugnis über die staatliche Preceptorprüfung (staatliche Anerkennung) an besonders bewährte Preceptoren ohne Ablegung dieses Examinens nicht mehr erteilt werden darf.

Zahlen, die drohen und mahnen.

Die Kriminalität in Preußen wächst.

Statische Feststellungen, die in diesen Tagen der Öffentlichkeit bekannt werden und die Entwicklung der Kriminalität in Preußen für das Jahr 1929 behandeln, geben ein erschreckendes Bild; Die Gesamtziffer der in Städten mit staatlicher Polizeiverwaltung und in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern verübten schweren Delikte hat leider eine steigende Tendenz zu verzeichnen.

Einige Zahlen mögen sprechen: Die schweren Anschläge auf das menschliche Leben, wie Mord, Totschlag und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang stiegen von 390 im Jahre 1928 auf 407 im Jahre 1929. Auch die Fälle, wo Raub oder räuberische Erpressung vorliegen, erhöhen eine beträchtliche Vermehrung um 255, nämlich von 1781 in 1928 auf 2034 in 1929. Die Zahl der Diebstähle ist, wie die kriminalpolizeilichen Uebersichten ergeben, im Verlaufe eines Jahres von 185 847 auf 204 670, das heißt also nahezu um 10 Prozent, gestiegen.

Diese trostlosen Ziffern geben zu denken. Hinter vielen schweren Verbrechen steht die

Arbeitslosigkeit,

die im Laufe des Jahres 1929 ständig gewachsen ist. Den Gründen dieses Zustandes nachzugehen, ist nicht Ziel dieser Betrachtung. Sie sind im „Vorwärts“ oft genug beleuchtet worden. Aber das eine muß gesagt werden: Ein erfolgreicher Kampf des reaktionären Bürgeriums gegen die soziale Fürsorge, gegen die Arbeitslosenversicherung, gegen die Arbeiten der Wohlfahrtsämter würde diese furchtbare, schon heute erschütternde Ziffer der Kriminalität nur noch erhöhen. Gewiß wird niemand behaupten, daß die Unterfütterung für Arbeitslose ausreichen, um — zumal als Familiennoth — ein bescheidenes Anspruchs genügendes Existenzminimum zu gewährleisten. Aber sie reichen aus, um den Uebergang ins Kriminalität, den Schritt ins Asoziale, zu verhindern. Schon Friedrich Schiller hat in seinem Wallenstein gesagt: „Etwas muß er sein eigen nennen, sonst geht der Mensch stehlen und brennen.“

Eine besondere Bedeutung erhalten die kriminellen Verhältnisse in Preußen durch die

Steigerung der schweren Sittlichkeitsdelikte.

Die Fälle gewalttätiger Unzucht oder Neizucht haben vom Jahre 1924 ab, als 1513 Verbrechen dieser Art gezählt wurden, eine dauernd steigende Kurve aufzuweisen, die mit 2493

in 1929 ihren Höchststand erreicht hat. Auch die unzähligen Handlungen mit Kindern — und das ist besonders schmerzhaft — stiegen von 3141 im Jahre 1924 auf 3984 1929, also um rund 27 Prozent im Laufe von fünf Jahren. Die Statistik der Kriminalität führt diese Steigerung der Sittlichkeitsverbrechen auf die erschreckende Wohnungsnot und auf die starke Zunahme des Alkoholismus zurück. Es ist gerade die Sozialdemokratie, die im Kampf mit dem bürgerlichen Alkoholkapital die Bevölkerung, besonders die Jugend, vor den schweren Gefahren, die ihnen aus dem Alkoholgenuß drohen, warnen und immer wieder zu beschützen sucht.

Das wenige Erstaunliche an den Aufstellungen der Statistik ist, daß kaum der unerträglichen Tätigkeit der Kriminalpolizei im ganzen

67 Prozent aller begangenen Verbrechen der genannten Arten restlos aufgeklärt werden konnten.

Von der Gesamtzahl der 415 Morde und Mordversuche waren in 265 Fällen die Täter, von denen sich 117 nach vollzogener Tat durch Selbstmord einer weiteren Verfolgung entzogen, von vornherein bekannt, da es sich in den meisten Fällen um Familienverhältnisse, Eifersuchtsdelikte und Ähnliches handelte. Bei weiteren 96 Morden und Mordversuchen konnte der Täter nach Durchführung einer kriminalpolizeilichen Nachforschung ergriffen werden.

Interessant ist, daß die Zahl der Brandstiftungen gegenüber dem Jahre 1928, als der Höchststand von 2020 erreicht wurde, nicht zuletzt dank der Wachsamkeit der Kriminalpolizei und der Landjägeren, gesunken ist. Die

Höchstzahl der Verbrechen liegt im Regierungsbezirk Düsseldorf.

wie im Laufe des Jahres 1929 im ganzen 684 oder 22,2 Prozent der überhaupt in ganz Preußen verübten schweren Verbrechen begangen wurden. An zweiter Stelle folgt der Regierungsbezirk Köln. Von den 33 Mordfällen, die 1929 in der Reichshauptstadt Berlin zu verzeichnen waren, konnten 30 aufgeklärt werden.

Die angeführten Zahlen reden eine mahnende und drohende Sprache. Diese Sprache wendet sich gegen jene Kräfte, die durch einen Abbau der Fürsorgemaßnahmen, wenn auch unbedeutend, ein noch größeres Steigen der furchtbaren Kurve der Kriminalität veranlassen würden. Vom Standpunkte der Kriminalstatistik ist Sportamt in bezug auf vorbeugende soziale Fürsorge eine Ver-schwendung, die sich am Volksganzen rächt.

Wieder 50 000-Mark-Gewinn.

Auf Nummer 244 709 der Preußentickete gezogen.

Nachdem schon am Montag bei der Ziehung der 8. Klasse der 34. Preußisch-Schlesischen Klassenlotterie ein 50 000-Mark-Gewinn auf die Nummer 350 687 gefallen war, wurde am Dienstag ein gleicher Gewinn auf die Nummer 244 709 gezogen. Am Montag hatten kleine Leute in Dessau und in Amberg in Bayern, bei der gestrigen Ziehung die Berliner Glück-Gewinnnummern wieder in Hoffnungen gespielt, ein Zeichen, daß auch diesmal wieder wenig Begüterte gewonnen haben. Die erste Abteilung des Loses ist in Darmstadt und die zweite Abteilung in Berlin ausgegeben worden. (Zahlenangaben ohne Gewähr.)

Parteiaufstieg in Pantow.

Der Kreis Pantow der Sozialdemokratischen Partei Berlins hielt im türkischen Zeit seine Jahresdelegiertenversammlung ab. Der Kreisvorsitzende Mühlmann erstattete den Bericht des Kreisvorstandes, aus dem festzustellen ist, daß die Mitgliederzahl im letzten Jahre um 25 Proz. gestiegen ist. Ueberaus reger war das Vereinsleben. Am 11. öffentliche und 22 Mitglieder-versammlungen wurden abgehalten. In den Bezirken fanden 153 Jahlabende und 43 Frauenabende statt. Bei der Stadtverordnetenwahl haben sich 18 000 Wähler zur Sozialdemokratie bekannt und damit ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Bezirk. Der Kassierer Hengst gab den Kasbericht. Der Vorsitzende der Bezirksvereinsleitung, Amberg, gab in kurzen Ausführungen ein Bild von der Arbeit der Sozialdemokratie in der Kommune. Stadtrat Hiege berichtete in seiner Eigenschaft als Mitglied der Presekommission. Er konnte feststellen, daß auch im letzten Jahre die Werbung für den „Vorwärts“ recht gute Erfolge gehabt hat. Die Frauenvertreterin Kubig sprach über die vorgenannten Beschäftigungen von Wohlfahrtsvereinigungen. Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des alten Kreisvorstandes. Und zwar wurde zum ersten Vorsitzenden Mühlmann, zum zweiten Höwen, zu Kassierern Hengst und Bartels und zu Schriftführern Doerner und Wesel gewählt. Eine Resolution empfiehlt dem Bezirksvorstand, in Heinersdorf eine selbständige Abteilung einzurichten.

„Nationalgefinnte“ Zeitungen gesucht.

Vor uns liegt ein Werbebrief der Verlagshandlungen Johann Ambrosius Barth, Curt Rabich, Leopold Wagh für den Kalender der deutschen Universitäten und technischen Hochschulen. Es heißt da: „Von dem unter Mithilfe der Ministerien der Bundesstaaten (wir lernen nur Länder, die Red.) zum 107. Male erscheinenden Kalender der deutschen Universitäten und technischen Hochschulen ist die Sommerausgabe 1930 in Vorbereitung. Diese Ausgabe wird genaue Angaben über die Universitäten an allen deutschen Universitäten enthalten, ferner die Namen sämtlicher Dozenten mit Geburtsdatum, näheres über die Immatrikulation, über die Universitätsinstitute, über Personalveränderungen innerhalb des letzten Semesters. Zu den ständigen Belegern gehören Universitäten, die Hochschulen und höheren Unterrichtsanstalten (zum Teil auf amuldem Wege) usw. Der Angelegentlichste bildet erfolgreiche Werbemöglichkeiten für u. a. nationalgefinnte Zeitungen.“ Wenn wir auch die Universitäten in ihrer übergroßen Zahl nicht in den Bescheid republikanischer Meinung bringen wollen, so glauben wir doch, daß der neue preußische Kultusminister als nicht

zu den Aufgaben seines Ministeriums zählt, mit dem Geld der Republik deren Feinde zu unterstützen. Es dürfte also noch Zeit sein, einer weiteren Verbreitung dieses Kalenders wenigstens im Bereich des preußischen Staates und auf dem Dienstwege Einhalt zu gebieten.

Der kleine Garten der großen Stadt.

Lehrer Rigge behandelte im Architekten- und Ingenieurverein das schon oft besprochene Problem des Gartens im modernen Städtebau. Gegenüber den Vorgärten und den privaten und öffentlichen Gropen der Vergangenheit, die kein Verhältnis zum Volksganzen besaßen, hat sich aus den Bedürfnissen der neuen Zeit der kleine Garten durchgesetzt. Wie finden ihn nicht nur im Laubengarten, auch die Hausgärten der vielen Etagenwohnungen, die Gartenhöfe, Schul-, Spiel-, Sport- und Nachgärten zählen dazu. Klein-Groß-Berlin besitzt rund 300 Hektar dieser hier benannten Anlagen, also fast das Dreifache der Fläche des gesamten öffentlichen Parkgrüns. In ganz Deutschland handelt es sich bereits um etwa 2 Millionen Gärten, die auf mehr als 50 000 Hektar jeert wertvollem Stadtboden etwa 10 Millionen achte Gartenstädter beheimaten. Der Redner schätzte den jährlichen Umsatz dieser Gartengattungen an die 100 Millionen Mark. Ihm ist es vor allem bei diesen Zahlenbelegen darum zu tun, aufs eindringlichste den modernen Städtebauer, also vor allem auch den Architekten, davon zu überzeugen, daß man an der Gartenbewegung nicht mehr achtlos vorübergehen kann. Der Redner zeigte dann im einzelnen an Lichtbildern, wie bereits eine neue Grünacht entstanden ist. Am Schluss seines Vortrags betonte Rigge sehr richtig, daß der kleine Garten zurzeit die einzige Körperliche und seelische Erholungsmöglichkeit für tausende entwurzelte Existenzen darstellt.

Reichspost ohne „Dienst am Kunden“.

Das Postamt 114 im Wertheimhaus Pöppelstraße hat seit dem 1. Februar seinen Betrieb eingestellt. Damit ist nicht nur den Kunden des Hauses, sondern auch der großen Allgemeinheit, insbesondere vielen Berufstätigen, die zeitig morgens oder spät abends ihre Arbeitsstätte verlassen, die Möglichkeit rechtzeitiger Postbeförderung genommen. Das Postamt, das als erstes Privatpostamt seit dem Jahre 1927 von der Firma Wertheim in eigener Regie geführt wurde — Wertheim stellte nicht nur Raum und Einrichtung zur Verfügung, sondern bezahlte auch die Beamten und alle sonstigen Unkosten — bot sich im Laufe der Zeit einen solchen regen Zuspruch zu erfreuen, daß jetzt ersichtlich daran gedrückt werden mußte, das Personal, speziell zu besonderen Zeitabschnitten, wesentlich zu verstärken. Als nun die Firma an die Reichspost mit dem Ansuchen herantrat, diese Beamten zu stellen bzw. den ganzen Postbetrieb zu übernehmen, wurde ihr dies rundweg abge-schlagen, trotzdem das Amt die Notwendigkeit seiner Existenz voll und ganz erwiesen hat und außerdem eine große Entlastung der nächstgelegenen Postämter Ost- und Französische Straße bedeutet.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Donnerstag, den 13. Februar, abends 10.30 Uhr, im Gesangslokal der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16/17, Übungsstunde.

Gymnastik im Bewegungssport. Der Bewegungssport der freien Arbeiter in Berlin läßt alle Vorurteile und Fabeln, die eine alte gemittelte Menschengattung begehen wollen, ein. Die Übungsstunden finden regelmäßig jeden Freitag in der oberen Turnhalle Wallenstraße 73 statt. Die Leitung hat Genta Hiertz von der Wallenstraße Berlin übernommen. Es acht wertvolle Übungsstunden statgefunden haben, hat schon länger jetzt die beide Beiräte, unterem Chor beigetreten. (Sachverbindung Ringbahn Herrmannstraße.)

Weißer Zähne

machen jedes Antlitz ansprechend und schön. Oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste erzielen Sie einen wundervollen Elfenbeinglanz der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borsternchnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. — Chlorodont; Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürste

Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität. — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Am Mittwoch, 12. Februar, 20 Uhr, im Volkshaus, Belleour, Fractionsversammlung - Vortrag: Die augenblickliche Situation im Verband. - Ergeben alle ist Pflicht. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

- 1. Kreis Mitte, Donnerstag, 13. Februar, 1. Sitzung der Arbeitergemeinschaft um 19 1/2 Uhr im Sitzungssaal des Bezirksamts, Robertstr. 68. Vortrag des Generalsekretärs Kreis über Jugendberufshilfe.

24. Wkt. Gewerkschaft, Sonntag, 12. Februar, Großer Blauer Saal, 19 1/2 Uhr, Vortrag: Die Bedeutung der Gewerkschaften im Kampf um den Achtstundentag.

Schule, Mittwoch, 12. Februar.

- 24. Wkt. 20 Uhr, Schloßberg der 2. Gruppe bei Schulz, Garten-Ente, Laa, Entenwiese, Bachtow, Tunnell, Land und Seile, Refertur Stadt der Enten (nicht Paul Besel).

Frauenveranstaltungen.

- 18. Kreis Tempelhof, Donnerstag, 13. Februar, Donnerstagsabend, 19 1/2 Uhr, im Saal des Bezirksamts, Robertstr. 68. Vortrag: Die Bedeutung der Frauenbewegung.

Jungsozialisten.

Wiederholung der Besetzung und Erklärung der Jungsozialisten, am 12-13 Uhr in der Wohnung des Generalsekretärs, Kappelerstr. 14.

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Sitzung, Donnerstag, 12. Februar, 19 1/2 Uhr, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt.

- 1. Kreis Mitte, Donnerstag, 13. Februar, 19 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamts, Robertstr. 68. Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt.

Sonabendfeier in der Gefangenenerlöser Käfigen Genossen und Genossinnen am 12. Februar.

- 17. Kreis Mitte, Freitag, 11. Februar, 19 1/2 Uhr, im Volkshaus, Belleour, Vortrag: Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die im Mittelfeld am 12. Februar stattfindende Kinderfreundeversammlung wird von der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin durchgeführt.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, Bezirk Friedrichshagen.

Donnerstag, 12. Februar, 20 Uhr, in der 2. Schule, Teberburger Str. 4, Vortrag: Die Bedeutung der sozialdemokratischen Bewegung.

Geburtslage, Jubiläen usw.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation.

- 12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin.

Sitzung, Donnerstag, 12. Februar, 19 1/2 Uhr, im Volkshaus, Belleour, Vortrag: Die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Funkwinkel.

Spät am Abend erlitt Peter Flemms Hörspiel 'Krieg um Frieden' seine Uraufführung. Es ist eine geniale Skizze von starker Eindringlichkeit und gehört zum Besten, das der Berliner Sender bisher überhaupt herauszubringen wagte.

554. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'.

Sitzung, Donnerstag, 12. Februar, 19 1/2 Uhr, im Volkshaus, Belleour, Vortrag: Die Bedeutung des Reichsbanners.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

104. Wkt. Geburtslage, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Geburtslage.

12. Wkt. In der Schule, Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sterbetafel.

19. Wkt. Vortrag des Generalsekretärs über die Bedeutung der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Advertisement for Hermann Scheibe, a 63-year-old man who passed away on Monday, February 12, 1930. The ad mentions his long illness and his role as an employee of the German Metalworkers' Union.

Advertisement for Wilhelm Tschentscher, a 62-year-old man who passed away on Monday, February 12, 1930. The ad mentions his long illness and his role as a silver worker.

Advertisement for Otto Burghardt, a 76-year-old man who passed away on Monday, February 12, 1930. The ad mentions his long illness and his role as a woodworker.

Advertisement for Georg William, a 14-year-old boy who passed away on Monday, February 12, 1930. The ad mentions his long illness and his role as a student.

Advertisement for Otto Burghardt, a 76-year-old man who passed away on Monday, February 12, 1930. The ad mentions his long illness and his role as a woodworker.

Advertisement for Paul Stettlich, a 14-year-old boy who passed away on Monday, February 12, 1930. The ad mentions his long illness and his role as a student.

Advertisement for Hermann Scheibe, a 63-year-old man who passed away on Monday, February 12, 1930. The ad mentions his long illness and his role as an employee of the German Metalworkers' Union.

Advertisement for Fritz Münchenhagen, a 14-year-old boy who passed away on Monday, February 12, 1930. The ad mentions his long illness and his role as a student.

Advertisement for Alfred Faust, a 14-year-old boy who passed away on Monday, February 12, 1930. The ad mentions his long illness and his role as a student.



Das westliche Hochdruckgebiet baut nunmehr ziemlich schnell ab, wobei es sich nach Westen verlagert. Die ozeanischen Störungen umfassen es an seinem Nordrande, indem sie über das nördliche Elbegebiet nach Westrußland ziehen.

Weiteraussichten für Berlin. Keine erheblichen Niederschläge, Temperaturen über Null, zunächst ziemlich heiter, später zunehmende Bewölkung - für Deutschland. Nur noch im äußersten Südwesten beständiges Wetter.

Advertisement for STAATL. FACHINGEN, a health product. The ad features a logo with a bird and the text 'Natürliches Mineralwasser'.

Advertisement for Das Gesundheitswasser, a health product. The ad features a logo with a bird and the text 'Natürliches Mineralwasser'.

Hugenberg auf der Tribüne.

Endkampf um die Reparationen.

Nach dem Abg. Brettscheld, dessen Rede wir im Hauptblatt bringen, nahm, mit lautem Hallo und ironischen Zurufen von links begrüßt, im Reichstag das Wort

Abg. Dr. Hugenberg (Dnat.):

Er dankt zunächst für die Begrüßung, dann erinnert er daran, daß er in seiner letzten Reichstagsrede vor dem drohenden Ruhrbruch gewarnt habe, der dann auch Wirklichkeit geworden sei. (Zuruf links: „Sie haben dabei gut verdient!“) Geschrei und schimpfende Zwischenrufe der Deutschnationalen und Nationalsozialisten.)

Präsident Löbe weist wegen eines beleidigenden Aufes den Abg. Stöhr (Kaisf.) aus dem Saale. Der Lärm steigt. Verschiedene Abgeordnete der Rechten werfen dem Präsidenten vor, daß er gegen den Beleidiger Hugenbergs nicht vorgehe. Abg. Dr. Speibels (Kaisf.) wird deshalb hinausgewiesen. Auf die Frage des Präsidenten bekennt sich Abg. Wels (Soz.) zu dem Ruf und erklärt dafür einen Ordnungsruf; ebenso Abg. Got (Dnat.), dem diese Bestrafung Wels' nicht scharf genug ist.

Abg. Hugenberg (Dnat.) fährt dann fort und erklärt, der Entschluß, vor dem Reichstag stehe, greife an die Lebensgrundlagen des Volkes. Nicht nur keine Wohlfahrt und Gesundheit, sondern auch keine Freiheit und Einheit ständen auf dem Spiele. Niemand in Deutschland habe bisher die Erfüllung des Young-Planes behauptet. Auch das Ausland erkenne seine Unerfüllbarkeit an. Trotzdem verlange es, erzwungen durch den Unterwerfungswillen der Sozialdemokratie, nicht nur unsere Unterdrückung, sondern auch die Sanktionsklausel. Angesichts der Unerfüllbarkeit des Vertrages bedeute diese fast soviel wie eine Vollmacht zur Zerstörung des Reiches. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Lardieu habe gerade jetzt öffentlich erklärt, daß Frankreich ermächtigt sei, deutsche Häfen und Gruben zu beschlagnahmen und das Rheinland von neuem zu besetzen. (Hört! Hört! rechts.) Deutschland liege hilflos im Herzen Europas und verträge sich trotzdem immer mehr in die Schlingen unerfüllbarer Verträge. Das Ende einer solchen Politik müsse sein, daß schließlich ein jeder sich geringschätzig abwende und alle nur auf den Teil der Erde sehen, den sie von dem zerfallenden Erbe eines einst königlichen Volkes in Anspruch nehmen wollen. (Geschrei und Zurufe links.) Die große Frage dieser Woche ist, wer die Verantwortung tragen will. Der Zustand unseres Staates ist nicht mehr zu verschleiern. Wir sind mitten im Verfall und Kulturholismus. Die Zerlegung von Staat und Wirtschaft hat erschütternde Formen angenommen. In aller Offenheit organisiert die äußerste Linke den bewaffneten Zustand. Marxismus und Bolschewismus sind die Früchte einer Weltanschauung, deren Bruststätte eigentlich nicht Deutschland, sondern der Westen und Süden ist. Wenn irgendwas noch die aufbauende neue Kraft zur Überwindung dieser Epidemie vorhanden ist, so in Deutschland. Wir sind zwar ein kleines Land, aber immer noch ein großes Volk, dessen Krankheit und Sterben rings im Abendlande die Pest auslösen muß. (Geschrei links.) Wer diesen Plan annimmt, ist ungelohnt, während an einer erfolgreichen deutschen Regierung der Zukunft mitzuwirken. Wir wollen und werden uns nicht dazu hergeben, unererzits mit den Folgen einer falschen auswärtigen Politik entweder die Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes oder die ohnehin lebensunfähige deutsche Wirtschaft zu belasten. Wenn er beschlossen ist, gibt es deutlich sichtbar nur noch einen Weg der Rettung: nämlich auf der Grundlage unseres Willens zur Freiheit und zur christlichen deutschen Kultur im klaren Kampfe gegen den Marxismus Staat und Wirtschaft neu aufzubauen. (Lachen links. Abg. Stampfer (Soz.) erhält einen Ordnungsruf.) Die Polenverträge bedeuten in ihrer Auswirkung die höchste Gefährdung des deutschen Ostens und damit der deutschen Zukunft. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Wie kann man es wagen, die fortgesetzte Unterwerfungspolitik in West und Ost auch noch als Befreiungspolitik zu bezeichnen! Trotz allem Terror der Regierenden und trotz dieser Katze, so erklärt der Redner zum Schluß, haben am goldenen Sonntag rund 6 Millionen Deutsche vor der Geschichte bezeugt, daß sie jede Verantwortung für den Young-Plan ablehnen. Im Bewußtsein unserer Verantwortung und der Stärke unserer Stellung richten wir in letzter Stunde an die Parteien, die nicht an die marxistische Erfüllungspolitik gekettet sind, nochmals die Bitte, Bindungen abzulegen, die fürchtbarer und gefährlicher sind als diejenigen von Versailles. (Beifall und Handbatschen bei den Nationalsozialisten und einem Teil der Deutschnationalen.)

Als Abg. Hugenberg von „westlichem Raubkapitalismus“ spricht, weist Abg. Dittmann (Soz.) auf Hugenberg und ruf: „Da steht der Raubkapitalismus!“ Präsi. Löbe ruf den Abg. Dittmann zur Ordnung. Abg. Berndt (Dnat.) ruf: „Herr Löbe, warum werfen Sie Ihre Parteigenossen nicht auch hinaus?“ Präsi. Löbe: Wenn sie solche Ausdrücke anwenden müßten, wie vorhin die Herren von rechts, würde ich sie auch hinausweisen!

Reichsaußenminister Dr. Curtius:

Abg. Hugenberg hat daran erinnert, daß er vor der Ruhrbesetzung gewarnt habe, aber einen Weg zur Vermeidung der Ruhrbesetzung hat er nicht gezeigt. Heute sagt er, der Young-Plan zerstöre die Freiheit und Einheit sowie die Kultur Deutschlands. Sie als der Führer der sogenannten „nationalen Opposition“ glauben, allein über Deutschlands Einheit, Freiheit und Kultur befinden zu dürfen. (Großer Lärm rechts.) Wir glauben, daß wir mit dem Young-Plan der deutschen Freiheit, Einheit und Kultur dienen, nicht aber mit den Methoden des Herrn Dr. Hugenberg! Nicht mit einem Wort hat er gesagt, was er an unserer Stelle tun würde.

Hugenberg ist der Letzte, der sich darüber beschwerten darf, wenn Bestimmungen für den Fall einer böswilligen Zerrüttung des Plans eingefügt wurden, denn seine Agitation hat erst dazu geführt.

(Großer Lärm rechts und Aufse: „Unverschämtheit! Adooat Frankreich!“) Es ist ganz ausgeschlossen, daß diese Bestimmungen Frankreich zu einer Wiederbesetzung des Rheinlandes berechtigen könnten. (Auf rechts: „Das hat Lardieu gesagt.“) Nein, Lardieu ist falsch zitiert worden. Dr. Hugenberg hat nicht Äußerungen Lardiens vorgeführt, sondern einen Zeitungsbericht über angebliche Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten. Herr Hugenberg hat Hellscherich als den Schöpfer der Marktstabilisierung gefeiert. Ich bedauere, daß heute nicht Hellscherich an Stelle Hugenbergs die Opposition führt, aber an der Marktstabilisierung hat das ganze deutsche Volk seinen Anteil, das ungeheure Opfer gebracht hat. Was soll denn nach Ablehnung des Young-Planes geschehen? (Auf rechts: „Zunächst müssen dann Sie verschwinden!“) Auf die zehn Fragen, die ich öffentlich an Hugenberg gerichtet habe ist er heute nicht eingegangen. Ablehnung des Young-Planes bedeutet Rückkehr zum Dames-Plan. Schacht hat erklärt, keiner könne verantworten, durch Festhalten am Dames-Plan eine furchtbare Krise herbeizuführen. Die Reichsregierung folgt dem Bismarck-Wort: Ehre und Würde des Staates zu wahren, heißt ihn vor Krisen schützen! (Lebh. Beifall der Mehrheit.)

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) „beantwortet“ die Rede des Außenministers auf Staatskosten öffentlich anzuschlagen. (Lachen rechts.)

Präsident Löbe: Ein solcher Antrag müßte schriftlich eingereicht werden. (Heiterkeit.)

Eine kritische Zentrumsrede.

Abg. Dr. Brüning (Z.): Dem Dames-Plan konnten wir freudiger zustimmen. Damals handelte es sich um die Sicherung unserer Währung, und man erhoffte allgemein von dem Vertragsabschluss eine Ära der friedlichen Verständigung mit unseren früheren Gegnern. Diese Hoffnungen sind schmerzlich enttäuscht worden. (Lebh. Zustimmung.) Von Locarno-Geist war in vielen Äußerungen der Staatsmänner unserer Gegner nichts zu spüren, und in ihrer Presse war ein großes Maß von Verständnislosigkeit zu beobachten, namentlich während der Haager Verhandlungen. Es kam so, als wollte man das deutsche Volk nur zum Zahlungsautomaten ohne eigenes Lebensrecht machen. Die Zerstückelungsklausel läßt alles vermissen, was man Locarno-Geist nennen könnte. Die Haltung Frankreichs in der Saarfrage stärkt nicht den Glauben an seinen Verständigungswillen. Schmerzlich mußten wir feststellen, welche Schwierigkeiten England uns in der Liquidationsfrage macht. Bei dieser Haltung der gegenwärtigen englischen Regierung scheint es nicht sicher, daß der völkerrechtliche Schatz des Privatigentums im Arge durch eine bessere Gestaltung der Liquidationsverträge für die Zukunft garantiert wäre. Im Polenvertrag übernimmt Deutschland große finanzielle Opfer, Polen aber nur ideale Zugeständnisse. Wir werden unsere Zustimmung von bestimmten Auskünften im Ausschuss abhängig machen. Wir wünschen größere Sicherungen für die Zugeständnisse Polens.

Wir wollen keine Zustimmung geben, die zu einem Hemmnis werden könnte für die Lösung der Probleme im Osten im Sinne von Vernunft und Gerechtigkeit. Allerdings ist den deutschen Unterhändlern die Arbeit dadurch sehr erschwert worden, daß es eine wirkliche nationale Opposition, die die Stellung der Regierung gegenüber dem Ausland stärkt, nicht gibt.

Sowohl die Ubertreibungen der Partei und Presse Hugenbergs, wie die schlimmste Kassenlage des Reiches haben die Arbeit der deutschen Unterhändler erschwert. Wir können dem Young-Plan unmöglich in dritter Lesung zustimmen, wenn nicht vorher volle Klarheit über die Finanzlage des Reiches und die Finanzwirkungen des Young-Planes geschaffen, die deutsche Defizienten darüber aufgeklärt ist und die gelegentlichen Konsequenzen gezogen sind. Die Regierungskoalition kann dadurch nur gelöst werden. Auf großen Kapitauszufuß vom Ausland ist für die nächste Zeit nicht zu rechnen, ohne ihn aber gibt es keine Besserung des Arbeitsmarktes. Volle Aufklärung über die Finanzlage ist unentbehrlich. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Abg. Tröschmann (Komm.): Dilemme-Sklavenvertrag werden wir niemals zustimmen. Die Sozialdemokraten greifen Schacht an, schämen aber bedingungslos alles, was Schacht und das internationale Finanzkapital verlangen. Dem arbeitenden Volk wird alles abgenommen, während z. B. ein Generaldirektor Cuno von der Hماغ 600 000 Mark jährlich bezieht. Die Behauptung, daß die SPD die Allegorität erstrebe, ist eine schamhafte Verleumdung.

Abg. v. Rheinbaben (DZp.) bezieht gegen Hugenberg, der größte Patriot sei nicht derjenige, der den Mund am weitesten aufreißt und den längsten Wunschzettel aufstellt. Die Opposition verwechselte immer die Aufstellung von Forderungen mit Politik. Die in der Hugenberg-Presse immer wieder verwandte Uberschrift „Deutsche Niederlage“ verwirrt nur die Gemüter. Bei der gegenwärtigen Machtverteilung würde auch eine Hugenberg-Regierung von internationalen Konferenzen nicht deutsche „Siege“ mitteilen können. Der Reichsbankpräsident hat mit seiner Behauptung, daß durch die im Haag beschlossenen Aufstellungen der Young-Plan um Milliarden verschleiert worden sei, viel Unruhe ins deutsche Volk getragen. Herr Hugenberg hat das Wort Rheinland überhaupt nicht ausgesprochen. Wir wollen uns dagegen, daß die so heiß ersehnte Rheinlandräumung so bagatelisiert, und ebenso die Schaffung des neuen Rechts an Stelle der Versailles Methode. Jede Erschütterung der Bedeutung dieser Tatsache hilft nur den Chauvinisten in Frankreich.

Von einem Verzicht auf die deutsche Zukunft im deutsch-polnischen Abkommen ist keine Rede. Die Verträge vom Haag sind eine Ausforderung des Versailles Systems.

Dahin gilt es weiterzuarbeiten ohne Pessimismus und ohne die zerlebende Vergiftung unserer Jugend, wie sie der extreme Nationalismus ist. Dieses Vertragswerk ist der erste Schritt zum national wieder unabhängigen Deutschen Reich. (Beifall.)

Abg. Dr. Bredt (Zp.): Wir sind für die Verständigungspolitik. Man hat als den Hauptvorzug des Dames-Planes die Transferrklausel bezeichnet. Heute wird aber dem Young-Plan als größter

Vorzug nachgerühmt, daß er die „gefährliche“ Transferrklausel nicht enthält. Während der Pariser Verhandlungen stecken wir eigentlich schon in der Transferrklausel, aber damals wurde unsere Wirtschaftslage von der Regierung viel zu rosia gechildert.

Die Linksregierung hat uns in die Finanzmisere hineingebracht; wer aber heute Herrn Hugenberg gehört hat, der muß jede Hoffnung fahren lassen, daß uns etwa eine Rechtsregierung Hilfe bringen könnte.

Die Sanktionsbestrebungen unserer Vertragsgegner sind gerade durch Hugenbergs Volksbegehren gefördert worden. Das Abkommen mit Polen sichert die deutschen Bauern nicht vor einer Agrarrevolution, die gegen sie gerichtet sein kann. Kein ernsthafter wissenschaftlich arbeitender Mann im Ausland hält die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands aufrecht. Behauptet man immer, die Reparation beruhe nur auf der Schuldtheorie, so zwingt man die Gläubiger, sie aufrechtzuerhalten, da sonst die Reparation gefährdet erschiene. Ledigens ist das Vorgehen Frankreichs menschlich immer noch eher zu verstehen, als der neue Raubzug der englischen Arbeiterregierung gegen Deutschland. Die einzige Lösung der Reparationsfrage liegt darin, daß Amerika dafür gewonnen wird, die Schulden der Alliierten herabzusetzen.

Bei dieser katastrophalen Finanzlage können wir die Verantwortung für die Annahme des Young-Planes nicht übernehmen.

Die Regierungsparteien haben uns durch ihre Bewilligungsfreiheit in diese Situation hineingebracht; wir haben sie drei Jahre lang davor gewarnt.

Abg. Dr. Bayersdorffer (Bayern. Bp.): Gegenüber dem Dames-Plan ist zwar im Young-Plan Deutschlands Reparationslast herabgesetzt, aber bei der schlimmen Wirtschaftslage Deutschlands ist auch diese Last viel zu schwer. In Hebereinstimmung mit dem Zentrum fordern wir, daß vor der Entscheidung über den Young-Plan volle Klarheit über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches geschaffen ist.

Erst bindende Vereinbarungen über die Gestaltung unserer zukünftigen Finanzgebarung und dann erst endgültige Stellungnahme zum Young-Plan.

Frankreich muß längst wissen, daß das Saargebiet deutsch ist und bleiben will, bei gutem Willen müßte Frankreich das Saargebiet freiwillig zurückgeben. Der große Wandel seit Versailles ist unverkennbar.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) verliest eine Erklärung, in der die Vorlagen abgelehnt werden, und zwar wegen der Kriegsschuldfrage als Grundlage der Reparationsschuld. Fortführung des Weltkrieges mit anderen Mitteln zur Liquidierung der deutschen Wirtschaft und des Deutschtums, was wieder zunehmenden Export deutscher Menschen zur Folge habe, planmäßige Verminderung des deutschen Volkes um die 20 Millionen, die es nach Clemenceau zu stark ist. All das ermöglichen die Reichsregierung und ihre Parteien. Zum Schluß appelliert der Redner an den Reichspräsidenten, das Zustandekommen des Young-Planes zu verhindern.

Nach achtstündiger Sitzung wird die Weiterberatung auf heute, 12 Uhr, vertagt.

Berlins Auslandskredite.

Präsident Schröder von der Beratungsgeselle.

Der Untersuchungsausschuss des Landtags zur Prüfung der angeblichen Mißwirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung sollte am Dienstag den Vorsitzenden der Beratungsgeselle für Auslandskredite, Geheimrat Norden vom Reichsfinanzministerium, vernehmen. Da Geheimrat Norden am Erscheinen verhindert war, erschien an seiner Stelle das Mitglied der Beratungsgeselle, der Präsident der Preussischen Staatsbank Schröder. Die Vernehmung erfolgte auf Wunsch der Deutschnationalen, verlief jedoch völlig ergebnislos.

Der Zeuge sollte darüber gehört werden, ob die Stadt Berlin auf Auslandsanleihen rechnen konnte, ob die Stadtverwaltung bei einer Investierung gutgläubig handelte oder nicht das nötige Maß von Voraussetzungen bewiesen hat. Auch über die Gründe, weshalb Berlin die Auslandsanleihen verweigert worden sind, sollte der Zeuge gehört werden.

Staatsbankpräsident Schröder erklärte dazu, daß er sich nur sehr zurückhaltend äußern könne, da er der Amtsoverschwiegenheit unterworfen sei. Berliner Anleihenwünsche seien nicht abgelehnt, sondern höchstens kontingentiert worden. Das letzte große Anleihenbegehren vom Dezember 1929 sei nicht abgelehnt, sondern vor der Entscheidung vertagt. Es sei dann darüber nicht mehr verhandelt worden. Berlin konnte auf keinen Fall wissen, daß diese Anleihen nicht genehmigt werden solle.

Auf Befragen äußert sich der Zeuge dahin, daß in den Ablehnungen von nachgeliehen kommunalen Auslandsanleihen keine Sabotage erblickt werden könne. Die Aufstellung der festgelegten Quote sei nicht nach einem Schlüssel, sondern nach genauer Prüfung der Bedürfnisse erfolgt. Ob Dr. Schacht nicht Mitglied der Beratungsgeselle, das Direktorium der Staatsbank sei allerdings durch einen Referenten in der Beratungsgeselle vertreten, der sich natürlich an die Befehle seiner Dienststelle gebunden halte.

Mit dieser Vernehmung sind die Abschnitte der Untersuchung Aufstellungsausschuss, Berliner Stadtbank und Finanzgebarung der Stadt Berlin erledigt.

Über die weiteren Dispositionen wird sich der Ausschuss nach Beginn der Plenarsitzungen in einer Abend Sitzung schlüssig werden.

MAGGI'S

Fleischbrühwürfel

Die Qualitätsmarke

Stahlreforde in Mittelddeutschland.

Belegschaften als Maßstab der Stahlkonjunktur.

Die Mitteldutsche Stahlwerke A. G., auch Mitteldeutscher Stahltrust genannt, ist nach der Herauslösung der Sauchhammer Werke aus dem zerbröckelnden Linke-Hofmann-Konzern zu einer der blühendsten Domänen des Ruhrstahltrasts geworden.

Die wichtigsten Betriebe der mitteldutschen Stahlgruppe sind die Stahl- und Walzwerke in Riesa o. d. Elbe, Stahlwerk- und Radschlagwerk in Gröblich, die Eisengießerei, Maschinenbetriebe, sowie Braunkohlen- und Bricketriebe in Sauchhammer und das frühere Stahl- und Walzwerk Weber in Brandenburg. Allein die Leistungsfähigkeit im Brandenburgischen Werk beläuft sich auf 150 000 Tonnen Grobbleche und 180 000 Tonnen Rohstahl, wird aber von den Riesaer Betrieben noch übertroffen.

Das Unternehmen, dessen Werke das mitteldutsche, sächsische und Berliner Industriegebiet unmittelbar vorgelagert ist, hat schon die ersten beiden Geschäftsjahre nach seiner Neugründung mit einer 7prozentigen Dividende abschließen können. Während der Ruhrstahlkrise auch für 1928/29 noch bei seiner 6prozentigen Dividende bleibt, konnte seine pralle Tochter in Mittelddeutschland

die Aktionärsdividende jeht von 7 auf 8 Proz.

herausheben.

Den Aufschwung, den die Mitteldutsche Stahlwerke A. G. im letzten Jahr infolge der kräftigen Stahl- und Rohstahlfonjunktur erfuhr, kennzeichnet die folgende Tabelle:

	1927/28	1928/29
Umsatz	92,3 Mill. M.	107,5 Mill. M.
Rohstahl-Prod.	477 500 Tonnen	538 170 Tonnen
Braunkohle-Prod.	1 560 000	1 840 000
Bricket-Prod.	395 040	389 160
Belegschaft	11 200	11 000

Die Umsätze des Unternehmens haben sich also im letzten Jahr um rund 16 Proz. erhöht. Die Produktion in den Stahlwerken stieg um 10 Proz. und in den Bricketfabriken um rund 28 Proz. Ueber die Braunkohleproduktion und die Entwicklung der Eisengießbetriebe in Sauchhammer folgt der Geschäftsbericht nichts.

Im Gegensatz zur durchgehenden Umsatz- und Produktionssteigerung hat sich die Belegschaft von 11 200 auf rund 11 000 Mann vermindert, — in den Betrieben um mehr als 2 Proz., während in den Büros geringfügige Neueinstellungen stattfanden —, so daß die durchschnittliche Leistungssteigerung je Mann und Schicht sich auf rund 17 Proz. beläuft. Die

verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft

nimmt also in den Betrieben der Mitteldutschen Stahlwerke einen immer größeren Umfang an.

Im Verhältnis der Umsatzsteigerung ist auch der Reingewinn um 15 Proz. auf 4,35 Millionen gestiegen, obwohl die Abschreibungen weiterhin von 3,6 auf 3,8 Millionen. Mark heraufgesetzt wurden. Da die wichtigsten Umstellungen in den Betrieben bereits durchgeführt sind, stellt diese Erhöhung der Abschreibungen auf die Wertanlagen die künftige Selbstfinanzierung bei weiteren Ausbauten auf weite Sicht sicher. Ein Beweis, daß die schwerindustriellen Unternehmer in der Lage sind, eine

recht kräftige Kapitalbildung

durchzuführen. Auch an flüssigem Geld ist natürlich kein Mangel. So haben sich die Bankguthaben allein von 5,7 auf 9,3 Millionen erhöht und die gesamten Forderungen erreichen mit 29 Millionen fast das Dreifache der laufenden Schulden.

Der mitteldutsche Stahltrust hat drei ausgezeichnete Jahre fast ununterbrochener Konjunktur hinter sich. Er hat die Früchte der Rationalisierung in volstem Maße geerntet. Das beweisen die wachsenden Leistungen einer verringerten Belegschaft und die steigenden Gewinne der Gesellschaft. Die Belegschaft dagegen hat, abgesehen von den Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes, von dieser Glanzkonjunktur nichts gehabt. Im Gegenteil, geringfügige Lohnforderungen hatten eine acht- bis zehnwöchige Aussetzung im Winter 1927/28 zur Folge. Die organisierte Belegschaft, die am eigenen Leibe zu spüren bekommen hat, daß hauptsächlich auf sie die Kosten der Rationalisierung abgewälzt sind, während die Unternehmer die Früchte ernten, wird aus diesem Glanzjahr richtige Folgerungen zu ziehen wissen.

wachung der Bevölkerung und der Ausdehnung der Städte überhaupt, so kann aus dem gleichzeitig pro Kopf noch stärker wachsenden Kultur-, Verkehrs- und Arbeitsbedarf und endlich aus der sich unabhängig von diesen beiden Faktoren noch vollziehenden intensiven Zusammenballung von Menschen und Wirtschaftsbetrieben in den Großstädten. Wenn angesichts dieses aus drei Gründen von Gruppen progressiv wachsenden Kapitalbedarfes öffentlicher Werke die Anleihegesellschaften der Städte und der Werke so beengte sind wie heute, so müßten die öffentlichen Betriebe in die Lage gesetzt werden, einen möglichst großen Teil ihres Kapitalbedarfs durch Selbstfinanzierung decken zu können. Eine Selbstfinanzierung selbstverständlich, die nicht Preis und Tarife erhöht wie beim Privatkapital, sondern sie durch die Ersparnis von Zinsen lenkt. Gegenwärtig ist es ja aber beinahe so, daß beispielsweise bei den Verkehrsbetrieben Berlins durch die Ausführung von sogenannten Ueberhöhen die Substanz gefährdet wird.

Es ist zu begrüßen, daß Genosse Dr. Rajewski offen ausspricht, daß die Abzäpfung der öffentlichen Werke durch den städtischen Haushalt absolut und bei der gegenwärtigen Anleiheart noch eine besonders zu ziehende Grenze haben muß. Freilich entsteht dabei die Frage, daß der steuerliche Ausgleich der Stadthaushalte noch weiter erschwert wird. Selbstfinanzierung allein tut es in der Tat auch nicht, wenn nicht das alleräußerste an rationaler Wirtschaft ohne Vernachlässigung des Grundlages, daß öffentliche Wirtschaftsbetriebe soziale Musterbetriebe sein sollen, zugleich geleistet wird. Aber es darf nicht übersehen werden, daß selbst steuerliche Mehrleistungen stadtwirtschaftlich vernünftiger sind, als Substanzabzäpfungen der Werke in Zeiten der Anleiheart mit der Folge, daß die Leistungsfähigkeit der Werke hinter den elementaren Notwendigkeiten zurückbleibt.

Reichselektrowerke 1929.

8 Prozent Dividende für das Reich.

Die vom Reich vollbeherrschte Elektrowerke A. G., die jetzt in Zschornemühl das größte europäische Kraftwerk betreibt, hat nach dem Geschäftsbericht im Jahre 1929 eine neue starke Ausdehnung ihrer elektrowirtschaftlichen Tätigkeit erfahren. Die Stromerzeugung der Kraftwerke stieg von 201 auf 233 Milliarden Kilowattstunden. Die freie Verfügung über die gesamte Kraftwerksleistung, die sich auf 730 000 Kilowatt erhöhte, wurde durch den Bau einer 140 Kilometer langen Doppelleitung stärkster Ausmaße zwischen Zschornemühl und Lautz beträchtlich erhöht. Ende 1929 hatte das Hochspannungsnetz eine Länge von 1060 Kilometer Doppelleitung. In den Gruben wurden 4,8 Millionen Tonnen Rohbraunkohle gefördert, die Bricketfabriken erhöhten ihre Leistung auf 140 000 Tonnen Bricketts. Von der Greppiner Werke A. G. in Walfen, die liquidiert hat, wurde ein großer Kohlescheibebetrieb für die spätere Belieferung des Kraftwerkes Zschornemühl käuflich erworben.

Die Bilanz und die Gewinnrechnung gibt von dieser Ausdehnung deutliches Zeugnis. Das Aktienkapital wurde von 60 auf 90 Millionen Mark — jetzt voll eingezahlt — erhöht, die Bilanzsumme ist von 189 auf 246 Millionen, der Wert der Gruben von 18,6 auf 23,33 Millionen, der der Kraftwerke von 102,9 auf 131,1 Millionen und der der Beteiligungen von 15,6 auf 23,1 Millionen Mark gestiegen. Der Reservefonds ist durch die Kursgewinne bei der Kapitalerhöhung von 10 auf 23,5 Millionen Mark erhöht, die laufenden Schulden, die keine große Rolle spielen, sind von 13,5 auf 20,8 Millionen Mark gestiegen. Die ausgewiesenen Ueberhöhen sind von 17,33 auf 20,55 Millionen Mark vermehrt; daraus erhält das Erneuerungsfonds (Abfchreibungen) den Betrag von 8,16 Millionen, womit die Abschreibungsreserve auf 51,90 Millionen steigt. Als Reingewinn werden 5,73 gegen 5,22 Millionen Mark im Vorjahre ausgewiesen; aus diesem Reingewinn erhält das Reich wie im Vorjahre eine Dividende von 8 Proz.

Das Jahr 1930 hat für die Elektrowerke infolge der schwierigen Berliner Finanzlage beinahe vollständig schon den sehr bedeutenden Erfolg gebracht, daß Berlin den Elektrowerken erheblich größere Strommengen abnimmt und den Stromlieferungsvertrag um fünf Jahre bis 1945 verlängert.

Handelsverträge lohnen sich.

Erfreuliche Steigerung der deutschen Ausfuhr nach Frankreich.

Seit dem letzten Frühjahr sind die deutschen Textilunternehmer gegen den seit 1927 bestehenden deutsch-französischen Handelsvertrag immer wieder Sturm gelaufen. Besonders aktiv waren in dieser Hinsicht die Unternehmerverbände der Baumwollindustriellen, die wegen angeblicher Drosselung ihres Absatzes durch die Einfuhr schaffischer Waren die sofortige Kündigung des Handelsvertrages mit Frankreich forderten.

Wie unsinnig diese Interessenpolitischen Forderungen englischer Textilmagnaten sind, beweist die jochen veröffentlichte Bilanz des französischen Außenhandels. Danach ist die deutsche Ausfuhr im Jahre 1929 von 4,9 auf 6,6 Milliarden Franken gestiegen. Da sich andererseits die französische Einfuhr von 5,6 auf 4,7 Milliarden verringert hat, ergibt sich im deutsch-französischen Wirtschaftsverkehr ein Ausfuhrüberschuß zugunsten Deutschlands in Höhe von 1,9 Milliarden Franken. Dies entspricht einem Wert von mehr als 300 Millionen Goldmark.

Da im Jahre 1927 der deutsch-französische Außenhandel noch passiv war, ist der gewaltige Fortschritt der deutschen Exporte infolge des Handelsvertrages ohne weiteres ersichtlich. Es ist aber für das volkswirtschaftliche Denken der deutschen Unternehmer durchaus kennzeichnend, daß sie aus kleinsten egoistischen Motiven heraus einen der größten Aktionsposten Deutschlands auf handelspolitischem Gebiete vernichten wollen.

Neue Bestimmungen für Hauszinssteuer-Neubauwohnungen. In der Vergebung der mit öffentlichen Mitteln errichteten Neubauwohnungen tritt ab Mitte Februar für Groß-Berlin eine Reihe von Änderungen ein, die beachtet werden müssen. Die nur mit Hauszinssteuer ohne Sonderzuschüsse gebauten Wohnungen können auch nunmehr an alleinstehende ledige Reichsdeutsche vermietet werden, die das 35. Lebensjahr vollendet haben und seit 5 Jahren in Berlin wohnen. Die Wohnungen, die mit Hauszinssteuer und Sonderzuschüssen der Stadt erbaut sind und auf den grünen Reichsanstalten vermietet werden, werden an Reichsdeutsche verlichen, die eine brauchbare Wohnung mit höchstens vier Zimmern zur Verfügung stellen, an Familien ohne Kinder, die seit mindestens zwei Jahren in Berlin wohnen, und an Familien mit Kindern, die seit mindestens einem halben Jahre in Berlin wohnen. Die Wohnungsarbeitslose-Gesellschaft macht nochmals auf ihr Mittelungsblatt aufmerksam.

Professor Bergius sprach vorgestern in der Moskauer Universität über sein Verfahren für die Gewinnung von Zucker aus Holz. Die Auslandreise von Bergius hängt mit einem Verträge zusammen, den Bergius mit der russischen chemischen Industrie über die Errichtung einer Fabrik für künstliche Futtermittel abgeschlossen hat.

Lotteriegewinne aus Einfuhrscheinen.

Wie das Reich Händlergeschenke verteilt, weil Bayern Bier-Reservatrechte hat.

In dem Zollgesetzentwurf der Reichsregierung im Dezember des letzten Jahres war eine Erhöhung der Einfuhrschemine (Exportprämien) für Brauerste von bisher 2 M. auf 3,50 M. vorgesehen. Bei der verschärften Kontrolle über die Futtermittelzufuhr glaubte die Reichsregierung, der Brauerste bauenden Landwirtschaft dieses Zugeständnis für die Preisbesserung der Brauerste machen zu können. Obwohl die Sozialdemokratie prinzipiell gegen diese Maßnahme war, hat sie ihre Zustimmung zu dem gesamten Gesetzentwurf der Regierung nicht verweigert, da in bei wesentlich wichtigeren Produkten, insbesondere bei Roggen und Gerste, in dem neuen Gesetz auch ein Verbraucherschutz eingeführt wurde.

Innerhalb der Koalitionsparteien mußte nun aber, wenn das Gesetz durchgedrückt werden sollte, der Bayerischen Volkspartei in der Frage der Gersteinfuhrscheine eine weitere Konzession dadurch gemacht werden, daß für ein auf 50 000 Tonnen begrenztes Ausfuhrkontingent für Brauerste ein erhöhter Einfuhrschein (Ausfuhrprämie) für 6,50 M. zugestanden wurde. Trotz dieses Zugeständnisses hat die Bayerische Volkspartei es ja durch ihre Quartettbetreuer am Schluß der Verhandlungen verstanden, den Futtermittelzoll und damit auch den Einfuhrschein für sämtliche Gerste auf 5 M. zu erhöhen.

Hiermit wäre das auf 50 000 Tonnen festgesetzte Ausfuhrkontingent mit Einfuhrscheinen von 6,50 M. hinfällig gewesen. In der Eile der Reichstagsverhandlungen kurz vor Weihnachten blieb aber trotz des allgemeinen für Gerste erhöhten Einfuhrscheins das Kontingent mit den Einfuhrscheinen zu 6,50 M. bestehen!

Merckwürdigste Konsequenzen ergeben sich daraus. Die Landwirtschaft hatte erwartet, daß die kontingentierete Ausfuhr mit den 6,50-Mark-Einfuhrscheinen sich günstig auf die inländischen Brauerstepreise auswirken würde. Nach der jetzt bekanntgewordenen Einfuhrscheineordnung muß aber der um 1,50 M. höhere Einfuhrschein restlos zu einem Sonderprofit des Handels werden. Das Gerstekontingent von 50 000 Tonnen wird nämlich nicht an irgendwelche besondere Firmen oder besondere Zollämter

oder nur in bestimmten Zellen verteilt, sondern jeder Händler kann über 70 besonders genannte Zollämter Gerste zur Anrechnung auf das Kontingent ausführen, solange dies nicht erschöpft ist.

Keiner der Händler weiß aber, ob das Kontingent bereits erschöpft ist oder nicht. Dies stellt sich vielmehr erst heraus, wenn sämtliche Berichte der Zollämter beim Reichsfinanzministerium eingegangen sind. Den Exporteuren wird also vorläufig nur ein Einfuhrschein in Höhe von 5 M. ausgestellt mit dem Vermerk „Kontingentüberschuß“. Erst wenn, was viele Wochen dauern kann, im Reichsfinanzministerium festgestellt ist, ob an dem betreffenden Tage der Ausfuhr das Kontingent bereits erschöpft war oder nicht, also, wenn das Gersteexportgeschäft längst abgewickelt ist, erhält der Händler Nachricht, ob er zu seinem 5-Mark-Einfuhrschein noch einen Zugabeinfuhrschein in Höhe von 1,50 M. erhält oder nicht. Bei der völligen Unsicherheit jedes einzelnen Händlers über die Höhe des Einfuhrscheins besteht selbstverständlich für jeden Händler der Zwang, sein Gersteexportgeschäft unter Einfallserfüllung eines 5-Mark-Einfuhrscheines abzuschließen. Würde er mit den 6,50-Mark-Einfuhrscheinen rechnen, so liefe er Gefahr, da ja von 70 Zollämtern erst die Meldungen über den Gersteexport geprüft werden müssen, 1,50 M. pro Doppelzentner zu verlieren. Es ergibt sich hieraus, daß sich für den landwirtschaftlichen Erzeuger nur der Einfuhrschein von 5 M. im Preise auswirken kann und daß der zufällige Einfuhrschein von 1,50 M. für die deutsche Preisbildung völlig bedeutungslos ist, also ausschließlich eine Händlerprämie darstellt, von der aber kein Händler vorher weiß, ob sie ihm zufällt, die aber jeder ebenso, wie er das große Los nicht verschmäht, dankbar aus der Reichskasse entgegennehmen wird.

Wir haben das deutsche Einfuhrscheinsystem von sehr scharf kritisiert, derart tolle Auswüchse hätten oder nicht einmal wir je für möglich gehalten. Das Reich verliert durch diese Lotterien „nur“ 5 Millionen. Wie übertragen sich diese großzügigen und absolut sinnlosen Geschenke an den Handel mit der bedrängten Finanzlage des Reichs?

größer als der Nachteil, der in einer vielleicht bald wieder notwendig werdenden Erhöhung des Diskonts zu liegen scheint.

Wir glauben, wer deutlich den Puls der Wirtschaft zu fühlen bemüht und die zahlreich vorhandenen psychologischen Antriebskräfte in Rechnung zu ziehen fähig ist, der müßte jeglichen Durcheinander, sofort — wenn auch vorübergehend — die zentrale Kreditgewährung bei der Reichsbank noch einmal zu verbilligen. Die allgemeine internationale starke Verflüssigung und die günstige psychologische Situation bei der endgültigen Regelung der Reparationen sind einmalige Chancen, die auszunutzen zwar etwas Mut erfordert, aber von hundertfältiger Frucht sein können, nachdem bankwirtschaftlich und währungspolitisch ohnehin nicht die geringsten Besenkungen gegen eine weitere Kreditverbilligung bestehen.

Kapital für die Werke.

Wieviel sollen die Werke an die Städte abführen. Selbstfinanzierung bei Anleiheknappheit?

Die Kapitalbeschaffung für die öffentlichen Werke ist eine sehr ernste durch die Anleiheknappheit auch politisch ernste Angelegenheit. Im „Berliner Tageblatt“ hat der als Zeichner und Wirtschaftler gleichermäßen geschätzte Direktor der B.G.G., Gen. Dr. Rajewski, die damit zusammenhängende, praktisch vielleicht noch wichtigere Frage aufgeworfen, ob und inwieweit der städtische Haushalt nicht auf Wertüberschüsse verzichten muß, wenn bei der Anleiheknappheit durch diesen Entzug von Ueberhöhen die weitere Entwicklung der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe leidet.

Der für Deutschland jährlich in die Milliarden gehende Erwerbsbedarfs der städtischen Werke erfordert nach Rajewski einen Kapitalaufwand, der sich aus drei gleichsam übereinandergelegten Schichten zusammensetzt: einmal aus der absoluten Ver-

Massenhaft billiges Geld.

Man sollte eine neue Diskontermäßigung nicht fürchten.

Am 3. Februar hat die Reichsbank nach unerwartet langem Zögern den Diskont von 6½ auf 6 Proz. ermäßigt. Diese Maßnahme hat der Reichsbank, wie zu erwarten war, nichts genützt. Der erste Ausweis nach der Diskontermäßigung hat gezeigt, daß niemand von der Reichsbank Kredite haben will, obwohl die Nachfrage bei der Reichsbank hätte steigen müssen, wenn die Diskontermäßigung ausreißend groß gewesen und früh genug erfolgt wäre. Welches war nicht der Fall. Das Angebot von Geldern war und ist so groß, daß gestern beispielsweise die für Tagesgeld gewährten Zinsen in Einzelfällen nahe an nur 3½ Proz. herankamen, daß die Reichsbank selbst gegen die Unterschrift allererster Firmen mit 5½ Proz. Privatkonten handelt und daß auch das längerfristige Geld schon bis nahe bei 6½ Proz. zu haben war.

Mit allem Ernst darf der Frage nähergetreten werden, ob die Reichsbank nicht sofort nach eine weitere Diskontermäßigung um ein halbes Prozent vornehmen soll. Gegenüber London beträgt dann die Zinsdifferenz immer noch ein volles Prozent und gegenüber New York noch anderthalb Prozent, was durchaus genug ist bei der gegenwärtigen Geldfülle des internationalen Marktes. Die Umschuldungsaktion der Städte wirkt sich schon aus, die Kreditgewährung an Kommunen ist fast zurückgegangen, die Industrie braucht noch keine Kredite. Auf der anderen Seite beginnt sowohl die Börse als auch der Finanzmarkt sich wieder zu beleben. Alles kommt gegenwärtig darauf an, daß der hohe Punkt in der Wirtschaftsentwicklung überwunden wird. Zur Ueberwindung dieses hohen Punktes könnte eine neue Diskontermäßigung ungeheuren Nutzen stiften. Der Vorteil, daß der volkswirtschaftliche Motor dadurch wieder anspringen könnte, wäre viel

Karl Schröder: Ein politischer Zusammenstoß

Wir bringen hier eine Szene aus dem im Berlin „Der Arbeiter“ erschienenen Roman „Jan West“ von Karl Schröder. Die beiden Hauptpersonen in dieser Szene sind Jan West und sein Schwager, Herr Riener, Lebensgenossen und Frau Riener und Anna, die Frau von Jan West.

Als Jan und Riener von den Frauen selbsterlösen wurden, hatten beide eine Zeitlang geschwiegen. Der Alte war ein geübter Lauffer, er wußte, was es bedeutet, die Kraft eines Angriffs durch Schweigen und eiserne Ruhe zu brechen. Als alter Gewerkschaftler kennt er die Stürme der Diskussion, die Entrüstung unterdrückter Rede, den Kompromiß nach dem Kampfe. Und er ist gewöhnt durch die letzte Erfahrung, das Gespräch mit Jan über Zeitungen. Am besten ist es, er wartet, daß der andere zu reden anfängt und offen seinem Herzen Luft macht. . . . Nach schnell ein paar Züge aus der Pfeife. . . .

Er wartet vergebens; sein Gegner schweigt. Wohl oder übel muß er den Anfang machen. Vorsichtig sagt er:

„Es ist schrecklich zu sehen, wie die Arbeiter sich zerfleischen. Wir haben zu meiner Zeit auch schwere Kämpfe gehabt — wenn ich daran denke, wie Bebel gegen Bernstein gewettert hat, das war nicht von Pappe, aber was hier geschieht, kann einem das Herz im Leibe umdrehen.“

Riener weiß, daß Jan in Sichtenberg war; aber er weiß nichts von dem, glaubt nur, daß er durch Zufall mit dem Bruder dort eingeschlossen war. Als Jan immer noch schweigt, im Stuhl zurückgelehnt, den rechten Arm auf dem Tisch, mit den Fingern trommelnd in kurzen Abständen, fährt er fort:

„Ich habe heute und gestern die „Köte Fahne“ gelesen. Ich kann es nicht fassen. Seitenslang nichts als Hehe gegen uns. Märker, Bertröder, Lumpen, so geht es in einem Atem; einfach eifererregend. Bierzig Jahre hat man gekämpft, um sich am Ende als Räuber und Schurke beschimpfen zu lassen von Kerls, die nie eine Organisation gesehen haben.“

„Und wie ist das mit Lichtenberg?“ Jan fragt; tastend einen Schritt nach vorwärts schiebend, wie ein Raubtier, das sich der Beute nähert.

Riener hört nicht den Unterton, nur den kühnen ruhigen Ton der Frage. Er glaubt, Jan wünsche eine sachliche Klärung und freut sich, sie geben zu können.

„Es ist gut, daß du danach fragst. Ich wollte schon vorher davon sprechen; aber solange die Frauen dabei sind. . . .“ — er lächelt; seine eigene Schwäche gelächelt — „kann man über Räuberangelegenheiten nicht reden. . . . Aber, was ich sagen sollte — ja, sagst du, mit Lichtenberg, das ist. . . . das kann man eigentlich mit einem einzigen Satz sagen: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Und du als Richter mußt das am besten wissen. . . .“ Er lächelt von neuem. Jan oder lächelt nicht wieder.

„Dann ist wohl Otto auch so ein Span; was?“
Das kommt schon stärker heraus. Riener merkt es; aber immer noch ist er der Ansicht, es bedürfe nur guten Zutuns und dauerlicher Auseinandersetzung, dann würde er Sohn entwässern, überzeugen und alles wieder ins reine bringen.

„Das habe ich nicht gesagt, und werde es niemals sagen. Du kannst mir glauben, mir sind die Tränen in die Augen gekommen, als Mutter mir das erzählt hat. Aber davon wollen wir schweigen. Ich kann noch jetzt nicht begreifen, wie Otto dazu gekommen ist. Er war doch nicht dumm und politisch geschult. Wie konnte er sich mit solchen Verdrößen abgeben? Er wußte. . . .“

„Denn bin ich wohl dumm und Verdrößer — wie?“

„Rii die ist kein Reden heute.“

Riener stockt. Er will sich nicht hinreichend lassen; noch ist er seiner Sache so sicher, daß er alles vermeiden möchte, was den anderen reizen könnte. So fährt er dann fort:

„Ach meine, du bist zu empfindlich. Du mußt mich richtig verstehen: Ich spreche gar nicht von dir. Ich spreche von diesen Kerls, die sich niemals um Politik gekümmert haben, jetzt aber die große Geige spielen wollen; die denken, wenn sie mit dem Bewehr herumfucheln können, das wäre schon Politik. Heugabelpolitik — ja wohl. . . . Unterreißen kann jeder, aber aufbauen — das ist die Kunst. Mehr als fünfzig Jahre haben wir für die Republik gekämpft — jetzt ist sie da —, und jetzt kommen diese Kerlen und werden es so lange treiben, bis alles wieder zum Teufel ist. Da soll man nicht aus der Haut fahren. . . .“

„Ich pfieh“ was auf eure Republik, wenn's mir dreier geht als vorher. . . .“

„Du weißt nicht, was du redest. . . .“

„Das weiß ich besser als du. Ich kenn' eure Republik jetzt in- und auswendig. Statt mit den Arbeitern zusammenzugehen, laßt ihr euch von den Herren Generälen kommandieren. . . .“

„Red' keinen Unsinn, Jan!“

„Red' du keinen Unsinn! Ist das vielleicht nicht wahr? Wacht nicht Koste Kambige mit dieser Bande?“ „Wie?“

„Das ist nicht wahr, so wie du das sagst. . . .“

„Das ist doch wahr!“

„Das ist nicht wahr, du mußt nicht lügen. Du verstehst nichts von Politik! . . . Du sollst die Finger davon lassen.“

„Ach, sieh mal an! Und wer woll' mich mit Gewalt zur Politik bringen? Du und ihr alle!“

„Ja — aber nicht zu diesem Unsinne.“

„Sieh mal an! Was dir nicht paßt, das ist Unsinn. Alles Quatsch, was du brabbelst, das sag' ich dir.“

„Jetzt ist es aber genug; du wirst mich wohl beleidigen?“

„Den Deumel will ich, ich will dir bloß sagen, daß alles Quatsch ist. Und du bist feige und verteilst dich hinter dem Ofen.“

„Was soll denn das heißen? Du bist wohl verrückt geworden?“

„Verrückt oder nicht, jedenfalls nicht verrückter als du.“

Jan West ist aufgeregter, daß der Tisch zittert. Die Waise, die auf ihm gestanden hat, hüpfte auf den Boden, zerplirgt in Stücke. Er ist in maßlose Lust geraten; weiß nicht mehr, was er tut und redet. Braumrot läuft sein Gesicht an; eine wüstige Falte liegt über der Nasenwurzel; die Augenbrauen sind eng zusammengezogen, so daß sie einander fast berühren.

Aber auch Riener ist nicht mehr Herr seiner selbst. Bangt ist die Pfeife ausgegangen. Heftig steigt ihm das Blut zu Kopfe. Er beginnt, diesen Menschen zu hassen, der ihn so maßlos und ungerecht reizt; dem er nichts getan hat und der ihn in der eigenen Wohnung so schmachvoll beleidigt.

Jetzt kann er sich nicht mehr halten; er sieht seinen Schwager.

John mehr; nur einen fremden Menschen; auch er springt auf, und als sein Gegner das letzte herausbrüllt, schreit er wütend:

„Jetzt hörst du auf oder ich mache von meinem Hausrecht Gebrauch.“

Eine Sekunde erstarrt Jan West; stiert den anderen nur an und bewegt die Lippen, ohne ein Wort herauszubringen; dann aber beugt er sich hastig vor und stößt nur das Wort heraus:

„Luder!“

Als Riener antwortet, kommen die Frauen zur Tür herein.

„Was ist denn hier los? Du bist wohl narkisch geworden?“

Resolut geht Frau Riener auf ihren Mann zu; nicht ihm gerade ins Gesicht. Er sieht sie wie abwesend an; kommt dann aber sofort zur Besinnung und sagt unter tiefem Atem:

„Frage den da, warum! Das hat mir im ganzen Leben noch keiner gesagt.“

Frau Riener sieht fragend auf Jan. Anna steht neben ihm. Er beachtet es nicht. Aber als sie selbe und stehend sagt:

„Was ist denn nur? Sei doch nicht böse, Vater meint es nicht so.“ da schreit er sie an, wie eine Fremde:

„Bangst du auch noch an? Laß mich in Ruhe; ich habe hier nichts mehr zu suchen. Wenn du hierbleiben willst, kannst du hierbleiben. Aber ich verzichte. Das Haus verboten hat mir noch keiner. Das werde ich mir nicht zweimal sagen lassen. Nach was du willst — ich gehe.“

Er schiebt die Frau zur Seite und geht auf die Tür zu.

„Jan, was soll dir ein — Hermann, was hast du gemacht? Ihr seid wohl alle nicht ganz bei Trost. . . . Mann, rede doch! Was soll denn das heißen? Jan, du bleibst hier. . . . Anna, halt ihn fest. . . . Mein Gott, mein Gott, was ist das bloß alles?“

Mutter Riener wendet sich hilflos von einem zum anderen. Anna ist totschlag geworden und folgt ihrem Mann in den Korridor. Der geht ohne Aufenthalt durch, achtet nicht auf die Kinder, die die Tür ihres Zimmers geöffnet haben und verwundert auf die Erwachenden starren; er reißt seine Rüge vom Nadel und geht. Als er die Tür hinter sich zuschlägt, stürzt die Mutter ihm nach und ruft laut in den Flur seinen Namen. Aber er antwortet nicht; nur sein harter Schritt klingt von unten herauf.

A. Sorokin: Der eiserne Vogel

Kitim, Sopyrgajs Sohn, der beste Schütze der Steppe, tötete einen noch nie gesehenen eisernen Vogel. Das begab sich auf folgende Weise.

Kitim, der Kirgise, ritt auf seinem Rabardiner-Roh Kawahat durch die Steppe; hinter ihm her trabte sein Hund Wacho. Kitim sah empor zum azurfarbenen Himmel: da stiegen Kraniche, schreiend zogen sie dahin in spikem Winkel, strichen nach fernen Ländern. Und dann sah Kitim noch einen Vogel am Himmel der kräftig den Schnabel im Kreise drehte. Immer tiefer senkte sich der Vogel, es war ein Riesenvogel, größer wohl als eine Garte, ein Kirgisenjeli. In seinen runden Fängen hielt der Vogel zwei Menschen.

Kitim erhob sein Gewehr und schuß. Da schrie der Vogel laut auf, loderndes Blut troff herab, und der Vogel stürzte nieder auf die Erde. Sein Gefieder brannte, und sein Schnabel drehte sich im Kreise, und es wurde so heiß ringsum, daß man sich ihm nicht nähern konnte — und plötzlich stieß der Vogel emen gelenden Schrei aus, eine Rauchfahne stieg auf aus seinem Herzen, und seine Federn stoben nach allen Seiten.

So starb der unbekannte Vogel.

Kitim trat heran und wunderte sich: die Eingeweide des Vogels waren aus Eisen, sein Herz hatte acht Enden, und in seinen runden Fängen lagen zwei tote Männer. Kitim wunderte sich, es wunderten sich dann auch die anderen Kirgisen, die meilenweit herritten, den toten Vogel zu sehen.

Später kamen die Kosaken des Naman Dulow in die Steppe geritten, erblickten den eisernen Vogel und fragten:

„Von wo kam dieser Vogel geflogen und wer hat ihn getötet?“

Da sagten die Kirgisen:

„Geprüfeten sei Allah, diesen Vogel tötete der Jäger Kitim, Sopyrgajs Sohn. . . .“

Die Kosaken sahen sich den Vogel genau an, fanden ein Paar Achselstücke und sagten:

„Es ist eines unserer Flugzeuge, und euer Kitim wird es schossen werden. . . .“

Und vor den Augen des Vaters Sopyrgaj vor den Augen der Mutter Koffain töteten sie den Sohn Kitim, plünderten das Gezeil aus und brannten es nieder. Da geriet auch die Steppe in Brand, das Feuer fraß sich schnell weiter bis zum Flusse Tschir, es brannte die orangefarbene Steppe, manns hoch standen die Flammen, und der Rauch reichte als schwarze Wolke empor bis zum Himmel. . . . (Aus dem Russischen von Hans Russ.)

Erna Büsing: Inventur bei Hagenbeck

Um die Bilanz zu ziehen zu können, muß man Inventur aufnehmen, das weiß man allgemein, aber unter welchen Schwierigkeiten im Zirkus und im Tierpark eine Inventur aufzunehmen ist, das wissen nur wenige.

Den ganzen Tag über werden im Zirkus jede Hand und jeder Kopf gebraucht, darum wird die Inventur nachts gemacht. Nachts (wenn die schweren Eisenkästen jede Garderobe und jeden Raum, in dem Requisiten lagern, fest abschließen, die Rückschlöße des Zuschauerraums mit Perlenring bedeckt sind, die Pferde im Stall in ihrem Stroh liegen, irgendein Löwe als echtes Raubtier in seinem Käfig gemächlich hin und her trauet, ein volkreischer Seeflöwe noch eben vor dem Einschlafen ein paar mal mit einem toten Fisch jongliert, und die Stallmache aufmerksam und spähen Augen durch die Gänge schliefen) brennt in den letzten Januartagen in den Direktionszimmern Licht, da die Inventur fertig werden muß. Dann wird Wegners berühmte Zirkustafel zu Hilfe genommen, in die im Laufe des Jahres Eintragung auf Eintragung gemacht wird. Ist doch diese Karte eine Fundgrube für jeden, der sich mit dressierten Tieren und Tieren auf Wanderschaft beschäftigt. In ihr wird jedes Tier mit Namen, Geburtsdatum und Anschaffungspreis verzeichnet, und an diese drei Grunddaten reiht sich später der ganze Lebenslauf. So kann man Bergsteiger ziehen zwischen der Lebensdauer mild eingetragener und in der Gefangenschaft geborener Tiere. Man kann nachkontrollieren, von welchen Krankheiten die Tiere sowohl ihrer Art nach wie als Einzel Exemplar am leichtesten befallen werden. So weiß diese Karte alle einwandfrei nach, daß ostafrikanische Kamele überaus leicht an Pestkrankheiten leiden, während sibirische Kamele von ihnen verschont bleiben. Daraus zog natürlich Hagenbeck die Schlusfolgerung, nur noch sibirische Kamele für das Zirkusunternehmen zu gebrauchen. Ferner erfährt man, daß eigentlich alle Tiere überraschend gut Reisen und Klimawechsel vertragen.

In diesem Jahre müssen unter anderem von der dressierten Zebraherde zwei Tiere abgebaut werden. Nach Brecht vertritt die Meinung, daß Zebros überhaupt nicht an den Menschen zu gewöhnen seien. Jetzt dressiert man ganze Gruppen, spannt sie vor dem Wagen und fährt; sogar übermäßig mit ihnen durch den Großstadterkehr zu Reklamezwecken. Doch wird der Zebraherde mit zunehmendem Alter böse, weshalb im vergangenen Jahre aus der dressierten Gruppe einer ausgewezt wurde. Er sing nämlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit einem anderen Hengst eine Weiserei und Keilerei an, und da Zebros, die noch ungebändigte Urkraft präsentieren, kräftiger sind als Pferde, waren seine Eifersüchtigkeiten im höchsten Grade gefährlich für Tiere und Menschen. Es blieb nichts anderes übrig, als dem Störenfried mitzutun: Mit dir ist Schluß bei Hagenbeck, du kommst jetzt nach hinter Gitter in einen südamerikanischen Zoo.“ Das andere Zebro jedoch, ein ruhiges Tier, erwiderte durch Unglücksfall. Es glitt aus, fiel auf den Bauch, verlor sich die Reithaut und starb, trotz sofortiger tierärztlicher Hilfe, innerhalb fünfzehn Minuten.

Tiere haben jedes Jahr einen anderen Wert. Auf jeden Fall müssen sie gut stehen, das Fell darf nicht um ihren Körper schlüpfen, sie müssen prächtig im Haar sein, und die Raubtiere sollen ihre Fangzähne haben. Und genau so gut wie ein Mensch sich einen Zahn abbeihen kann, bringt das auch ein Tiger fertig. Da benagt zum Beispiel „Rell“ einen wunderbaren Marktbock und schließt direkt vor Beizjägern. Als sie jedoch hernach saul vor lauter Bollgefahrenheit sich im Käfig streckt und dem Kochen aufperrt, um recht tief zu gähnen, erhebt der vor dem Käfig stehende Dompteur ein Jammergeschrei: O, Rell hat sich ein Stück vom Eckzahn abgebeissen.“ Das hat Rell nicht gemerkt, aber in Wegners

Karteothek steht: „Rell hat sich dann und dann ein Stück vom Eckzahn abgebeissen.“ Im selben Augenblick ist dieser bildhähne Tiger weniger wert. Zugleich beobachtet man, was für eine Einwirkung Zahndefekte bei der Nahrungsaufnahme und der Nahrungsaufbereitung haben. Raubtiere können, falls sie im übermühten Spiel in einen harten Gegenstand zu fest hineinbeissen, sich die Fangzähne glatt abbrennen. Dann sind Tiger und Löwen verhandelt und ihre Suchwerkzeuge für einen Tag außer Dienst. Derartige Zahngeschichten sind verständlich, aber es gibt noch immer so viel Unergründliches, bei dem man auch nicht vorbeugen kann. Solam doch zum Beispiel ein wildeingefangener Tiger, der von Jahr zu Jahr wertvoller wurde, ganz plötzlich eine Erkrankung des Rückenmarks. Die Ursache ist unbekannt, und was ein bengalischer Königsjäger für Berechnungen in seinem Blut mit sich schleppt, kann man nicht nachkontrollieren.

Bei den indischen Elefanten hat bekanntlich nur der Bulle Stoßzähne. Die müssen selbstredend in Ordnung sein, obwohl das bei den in Freiheit lebenden Tieren durchaus nicht immer der Fall ist. Ueberdies muß der Elefant nicht nur gut im Körperbau, sondern vor allen Dingen kräftig im Köpfe sein, steht doch ein rüchschwacher Elefant bei den Tierhändlern in gar keiner Gunst. Bei Hagenbecks wird jedes Jahr der Elefant „Safar“ auf das gewissenhafteste gemessen. Er kam nämlich als ostafrikanischer Zwergelphant in den Handel. Deutsche Zoologen sagten: „Das ist ein regelrechter junger ostafrikanischer Elefant.“ Die gut unterrichteten Händler aber behaupteten: „Es ist ein Zwergelphant.“ Nun, bewußter Zwerg, dessen Wachstum noch lange nicht abgeschlossen ist, mißt heute bereits über zwei Meter Bandmaß. Er hat die schönen Zähne der Afrikaner, auf deren Spitzen man Messinghügel schraubt, da er dann und wann mal mit seinen Kollegen zu bogen verführt.

In einem Jahre erlebte der Zirkus eine Rosenbären-Invasion. Tief in Südamerika stand er in wenig belebter Gegend irgendwo unterm Zelt. Schaustufig und abwechslungsungshungrig kamen die Landleute diese Kilometer weit in ihren eigenen Automobilen, und ein Ball von Automobilen umgab Tag und Nacht den Zirkus. Doch auch Indianer kamen, und sie brachten Rosenbären mit als Eintrittsgeld. Erst ließ man sich auf das Lausgeschick ein, schließlich aber mußte man Plakate anschlagen und Handzettel drucken lassen, auf denen stand: „Rosenbären werden nicht mehr angenommen.“ Und wenn allezeit gerade in diesem Augenblick in einem Zoologischen Garten in Europa oder Amerika ein kleiner Rosenbär „bitte, bitte“ macht und ein glückliches Kind ihm ein Stück Zucker in den Käfig wirft, dann ist das, ganz genau genommen, nur möglich, weil sich mal ein Indianer eine Zirkusvorstellung anhat.

Eins der interessantesten Kapitel ist im Tierpark die Zählung von Geflügel. Da leben beispielsweise auf einem Teich über 300 Enten, die inzwischen Bruten großgezogen haben. Für die Inventur müssen sie genau gezählt werden, und zwar Männchen und Weibchen getrennt. Darum heißt es: „Jetzt werden Krid-entenmännchen gezählt.“ Der Wärter treibt die Tiere über den Teich, die geschulten Zoologen gucken auf Kridentenmännchen, und siehe da, der eine zählt dreißig, und der andere achtzehn dieser kleinen Tiere. Dann beginnt das Zählen von Reuten. Darauf heißt es: „Stodenmännchen“ und alles steht noch den metallisch grünen Hälften. Hernach kommen die Spitzenten an die Reihe und man beobachtet alle Spitzschwänze. Der Mann ist bunt, das Weibchen ist schlicht; scheinbar ist alles so einfach, und doch geraten nach den Momenten des Zählens oft die besten Freunde temperamentvoll aneinander.

Genausofort muß eine solche Inventur gemacht werden, unbedingt. Dennoch kam es bei aller Gründlichkeit einmal vor, daß achtzehn Elefanten — übersehen wurden.

